

## **Armut und Reichtum in Kärnten 2010**

Wien, Dezember 2010

## INHALTSVERZEICHNIS

1. EINFÜHRENDE DARSTELLUNG: ARMUT UND REICHTUM .....	1
Begriffsdefinition „Armutgefährdung“ und „Armut“ .....	1
Begriffsdefinition „hohe Einkommen“ und „Reichtum“ .....	5
2. ÜBERBLICK: ARMUTSGEFÄHRDUNG UND ARMUT IN KÄRNTEN.....	7
3. ARMUT, AUSBILDUNG, ERWERBSTÄTIGKEIT UND EINKOMMEN.....	9
Bildung verringert das Armutsrisiko. ....	9
Erwerbsarbeit ist kein Schutz vor Armut. ....	13
Arbeitslose sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet. ....	17
Pensionen zu niedrig: fast jede/r Fünfte bezieht Ausgleichszulage.....	20
Einkünfte aus umverteilten Einkommen senken die Armut. ....	21
4. ARMUT, FRAUEN UND FAMILIE .....	25
Fast jeder 3. AlleinerzieherInnen-Haushalt armutsgefährdet. ....	25
Jede 5. Familie mit 3 oder mehr Kindern armutsgefährdet. ....	26
Familie und Erwerbstätigkeit von Frauen.....	28
Das Kinderbetreuungsangebot in Kärnten.....	29
5. ARMUT UND MIGRATION.....	31
Über ein Viertel der MigrantInnen armutsgefährdet. ....	31
Kinder mit Migrationshintergrund.....	32
6. ARMUT, GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	34
Armut macht krank. ....	34
Krankheit und Pflege machen arm.....	36
7. ARMUT, SOZIALE MOBILITÄT UND TEILHABE.....	40
Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt. ....	40
Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe.....	41
8. ARMUT, KONSUM UND VERSCHULDUNG .....	43
Anstieg der Haushaltsausgaben belasten Armutsgefährdete.....	43
Wohnkosten belasten jede/n dritten Armutsgefährdeten.....	44
Verschuldung erhöht Armutsgefährdung. ....	47

9. DER REICHTUM NIMMT ZU .....	49
Hohe Einkommen und Einkommensreichtum. ....	49
Große Geldvermögen.....	50
Betriebsvermögen der Wirtschaft.....	52
Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen.....	54
Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen.....	55
Erbschaften. ....	56
Humanvermögen.....	56
10. STEUERPOLITIK ALS VERTEILUNGSTRUMENT .....	58
Besteuerung von Einkommen.....	58
Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch).....	61
Besteuerung von Geldvermögen. ....	63
Besteuerung von Grund und Boden. ....	64
Steuerparadies Privatstiftungen.....	66
ZUSAMMENFASSUNG .....	69
QUELLENVERZEICHNIS .....	71

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2008 .....	1
Tabelle 2: Höchste abgeschlossene Schulbildung der Erwerbspersonen (15 Jahre und älter) 2001 .....	10
Tabelle 3: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2008 und 2009 .....	12
Tabelle 4: Arbeitslosenquoten der Arbeitsmarktbezirke in Kärnten 2009 .....	18
Tabelle 5: Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2009/10	19
Tabelle 6: Zunahme der SozialhilfeempfängerInnen 1998 bis 2008.....	23
Tabelle 7: Kinderbetreuungsquote nach Alter in Kärnten und Österreich 2009/2010 .....	30
Tabelle 8: Anteil der ArbeiterInnen an den Erwerbstätigen nach Staatsbürgerschaft 2009 ...	32
Tabelle 9: Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05.....	44
Tabelle 10: Wohnprobleme nach Armutslagen in % .....	46
Tabelle 11: Die reichsten KärntnerInnen (geschätztes Vermögen in Euro) 2008 .....	52
Tabelle 12: Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001 .....	57
Tabelle 13: Die 3 reichsten KärntnerInnen und ihre Privatstiftungen.....	67

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten nach soziodemographischen Merkmalen (in %) .....	4
Abbildung 2: Armutsgefährdungsquoten der österreichischen Bundesländer seit 2005-2007 in .....	7
Abbildung 3: Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2008	14
Abbildung 4: Arbeitslosenquoten in Kärnten und Österreich 2000-2009 .....	18
Abbildung 5: AusgleichszulagenbezieherInnen in % des Pensionsstandes, Dezember 2009 .....	21

*Es hat immer, solange die Welt besteht, Reiche und Arme gegeben,  
predigen uns die Moralphilister. Gut, so wollen wir einmal einige  
Abwechslung in die Weltgeschichte bringen.*

*Ludwig Börne*

# 1. EINFÜHRENDE DARSTELLUNG: ARMUT UND REICHTUM

## Begriffsdefinition „Armutsgefährdung“ und „Armut“.

Der wichtigste Parameter für Armutsgefährdung ist die Einkommenssituation der Haushalte. Nach einer europaweit einheitlichen Definition aus dem Jahr 1984 werden Menschen dann als arm eingestuft, wenn sie *„über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“*<sup>1</sup>. Wer über weniger als 60% des nationalen Nettome-dieneinkommens verfügt, gilt damit als armutsgefährdet.

Um den Lebensumständen der Menschen möglichst gerecht zu werden, bezieht sich diese Definition jedoch nicht allein auf die Erwerbseinkommen und Sozialleistungen jeder/s einzelnen, sondern auf den gesamten Haushalt. Denn je nachdem, wie viele Personen mit dem erwirtschafteten Geld auskommen müssen, ist die Situation der Gesamthaushalte unterschiedlich zu bewerten.

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	11.406	951	815
1 Erwachsener und 1 Kind	14.828	1.236	1.059
2 Erwachsene	17.109	1.426	1.222
2 Erwachsener und 1 Kind	20.531	1.711	1.467
2 Erwachsener und 2 Kinder	23.953	1.996	1.711
2 Erwachsener und 3 Kinder	27.374	2.281	1.955

**Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2008<sup>2</sup>**

Für einen Einpersonenhaushalt liegt die Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2008 bei 951 Euro im Monat oder 11.406 Euro jährlich. Für jede weitere erwachsene Person erhöht sich dieser Betrag monatlich um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro. Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern gilt als armutsgefährdet, wenn ihr Haushaltseinkommen den Schwellenwert von 1.996 Euro monatlich oder 23.953 Euro jährlich unterschreitet.

Ausgehend von dieser Definition waren in Österreich im Jahr 2008 1.018.000 Personen oder 12,4% der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich liegt – wie aus den Sozialberichten hervorgeht – in den letzten Jahren zwischen 11 und 13%. Zwar ist die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich nicht gleichbleibend, jedoch liegt die *„zwischen EU-SILC 2007 und EU-SILC 2008 beobacht-*

<sup>1</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989

<sup>2</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 49

*bare Zunahme der Armutsgefährdung [...] im Bereich der statistischen Schwankungsbreite [...] und kann nicht von zufallsbedingten Veränderungen unterschieden werden.*<sup>3</sup>

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die Armutsgefährdungslücke. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“<sup>4</sup> (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2008 durchschnittlich um 15,3% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens.<sup>5</sup> Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das monatliche Durchschnittseinkommen 2008 de facto bei 805 Euro netto, zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.449 Euro netto im Monat auskommen.

Die angeführten Schwellen sollen helfen, die Lebensumstände von Personen und Haushalten anhand ihrer monetären Ressourcen zu bewerten. Wer weniger als die oben angeführten Schwellenwerte für das Leben zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen kann damit jedoch keine Aussage getroffen werden, differieren die individuellen Lebenslagen und Kostenstrukturen doch stark. Viele Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens nicht als armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Andere können trotz ihres geringen Einkommens wiederum ihre Bedürfnisse abdecken.

Von finanzieller Deprivation wird gesprochen, wenn mangelnde Teilhabe in zentralen Bereichen der Lebensführung auftritt. Darunter versteht man, dass es sich die Betroffenen nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen, abgetragene Kleidung zu ersetzen, regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen, notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen oder einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen. Wenn zumindest zwei dieser Merkmale gleichzeitig auftreten, wird von finanzieller Deprivation gesprochen. 2.430.000 ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Über eine Million Menschen konnten es sich nicht leisten, einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen (14% der Bevölkerung), für 13% war es nicht möglich, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen.

Von manifester Armut wird dann gesprochen, wenn Einkommensmangel und Deprivation in zentralen Lebensbereichen gemeinsam auftreten. Bei 492.000 (der 1 Mio. armutsgefährde-

---

<sup>3</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 51

<sup>4</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007: 32

<sup>5</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 28

ten) Menschen in Österreich oder 6% der Bevölkerung zeigte sich 2008 neben dem unzureichenden Einkommen (Armutsgefährdung) zusätzlich Deprivation.<sup>6</sup>

Ist das Einkommen eines Haushalts zwar unter der Armutsgefährdungsschwelle, es treten jedoch keine Merkmale von finanzieller Deprivation auf, wird von Einkommensmangel gesprochen. Innerhalb der österreichischen Bevölkerung zeigte sich 2008 bei rund 6% Einkommensmangel.

Wer dagegen zwar aufgrund seines Einkommens nicht als armutsgefährdet einzustufen ist, aber Merkmale von Deprivation aufweist, leidet unter einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe. 14% der österreichischen Bevölkerung waren 2008 von Teilhabemangel betroffen.

Armutsgefährdung ist kein unveränderbares Schicksal. Von den Armutsgefährdeten des Jahres 2006 mussten 48% im Folgejahr nicht mehr als armutsgefährdet bezeichnet werden. *„Besonders armutsgefährdete junge Menschen bis 19 Jahre, Personen mit EU- und EFTA-Staatsbürgerschaft sowie Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern haben eine überdurchschnittliche Chance, im Folgejahr ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen.“*<sup>7</sup> Dennoch heißt das nicht, dass diese Personen dauerhaft vor Armut geschützt sind.

Einzelne Gruppen der österreichischen Bevölkerung sind stärker von Armutsgefährdung und Armut betroffen als andere. Ein Merkmal, welches über erhöhte Armutsgefährdung oder nicht entscheidet, ist die Staatsbürgerschaft und das Herkunftsland. So ist fast jede/r dritte EinwandererIn, der aus nicht aus einem EU/EFTA-Land kommt armutsgefährdet. Eine Einbürgerung verbessert zwar die Situation, aber auch unter den eingebürgerten Personen sind immer noch 21% armutsgefährdet. Personen, die in Österreich geboren wurden und auch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen haben mit 11% eine unterdurchschnittliche Armutsgefährdung.

Auch die Familienzusammensetzung beeinflusst das Armutsgefährdungsrisiko. So sind 29% der AlleinerzieherInnen-Haushalte und 20% der Mehrpersonenhaushalte mit mindestens 3 Kindern überdurchschnittlich oft von Armut betroffen, während Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern (10%) oder einem Kind (9%) eine unterdurchschnittliche Quote aufweisen. Alleine zu leben stellt eine Gefahr dar in Gefahr von Armut zu kommen: Pensionistinnen (24%), alleinstehende Frauen (ohne Pension) (20%), aber auch alleinlebende Männer ohne Pension (16%) weisen eine erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko auf.

Der Indikator Bildung hat einen wichtigen Einfluss auf das künftige Einkommen und somit auch auf die Armutsgefährdung, wobei einzig PflichtschulabsolventInnen mit 22% eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung aufweisen.

---

<sup>6</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 29

<sup>7</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 29



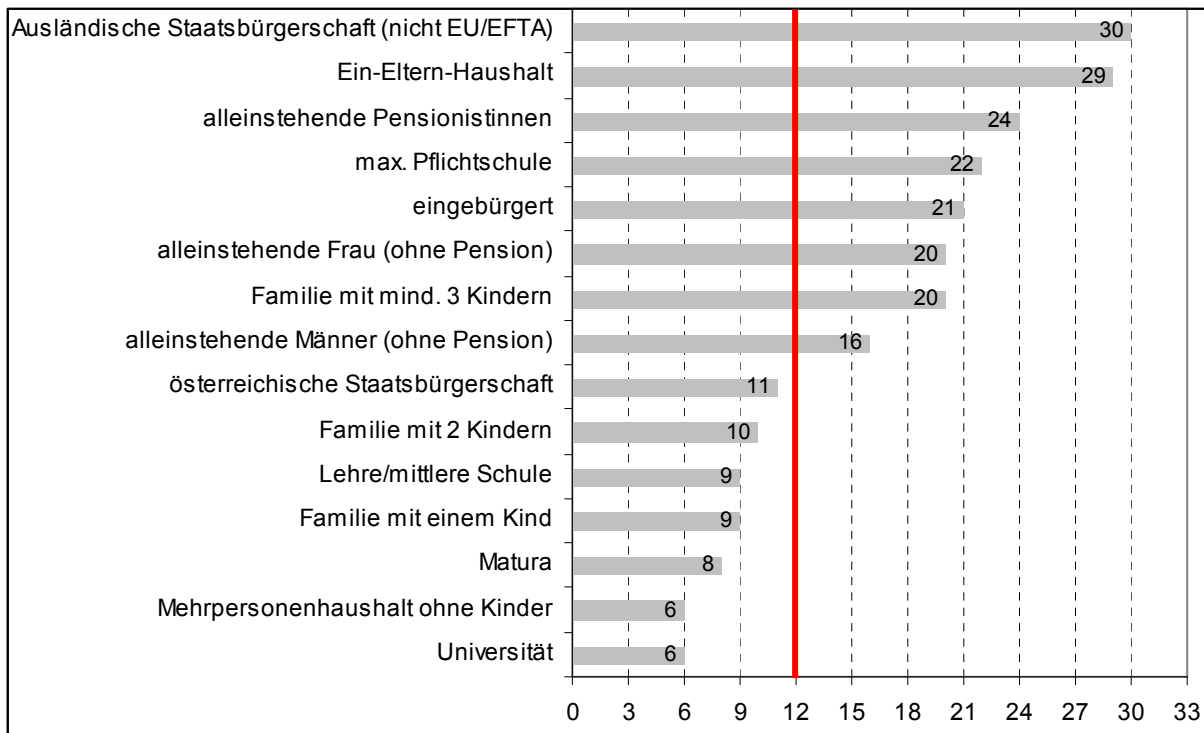


Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten nach soziodemographischen Merkmalen (in %) <sup>8</sup>

Am häufigsten von manifester Armut betroffen sind AlleinerzieherInnen (20%), alleinlebende Pensionistinnen (13%), alleinstehende Frauen ohne Pension (11%) und alleinlebende Pensionisten (10%).<sup>9</sup>

**Armutsgefährdung: weniger als 60% des Medianeinkommens.**

**finanzielle Deprivation: mangelnde Teilhabe in zentralen Bereichen der Lebensführung.**

**Einkommensmangel: Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, jedoch keine Merkmale von finanzieller Deprivation.**

**Manifeste Armut: Einkommensmangel und Deprivation in zentralen Lebensbereichen gemeinsam.**

**Teilhagemangel: Einkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle, aber Merkmale von Deprivation.**

<sup>8</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 54

<sup>9</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 89

## **Begriffsdefinition „hohe Einkommen“ und „Reichtum“.**

Wenn Armut und Reichtum durch Verteilungsmechanismen in einem engen Zusammenhang stehen, etwa durch die Steuerpolitik, dann muss angesichts steigender Armut auch der Entstehung und Entwicklung von Reichtum mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Während über das untere Ende der sozialen Skala durch Untersuchungen wie EU-SILC und die Sozialberichte des Sozialministeriums zahlreiche Daten zur Verfügung stehen, weiß man über das andere Ende, den Reichtum, kaum Bescheid. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen oder große Vermögen. Sie alle zeigen zumindest den Trend eines sehr starken, überdurchschnittlichen Wachstums.

Doch was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt (unter 60% des Medianeinkommens) und was Armut (Deprivation) ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Bei dem Versuch, Reichtum zu definieren, scheint die Wissenschaft derzeit noch an ihre Grenzen zu stoßen, was auch der 2. Deutsche Armuts- und Reichtumsbericht (aus dem Jahr 2004/05) belegt: *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht.“*<sup>10</sup> Dass Reichtum jedoch nicht allein am Einkommen oder Geldvermögen zu messen ist, scheint eine Tatsache, deren Messung aber keineswegs einfacher ist als die Erfassung des tatsächlichen Reichtums. *„Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“*<sup>11</sup>

*„Ab wann eine Person oder ein Haushalt aufgrund des Einkommens als reich gelten soll, ist nach wie vor Gegenstand reger Diskussionen“*<sup>12</sup>, heißt es im deutschen Bericht. Für die Festlegung einer Grenze bedient sich der Bericht der derzeit gängigen Definition für „hohe Einkommen“: *„Am gebräuchlichsten in der Wissenschaft ist die Einkommensgrenze von 200% des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens.“*<sup>13</sup> Ab wann von Reichtum zu spre-

---

<sup>10</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: 45

<sup>11</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: 45

<sup>12</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: 32

<sup>13</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: 32

chen ist, ist noch schwieriger zu definieren. So wurde beispielsweise im deutschen Armuts- und Reichtumsbericht als willkürliche Grenze das Erreichen eines Einkommens von einer Million gesetzt, dessen Problematik sich bei der Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich ist aber auch die Festsetzung, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der österreichische Sozialbericht 2003/04 tat.

Auch EU-SILC versucht eine Darstellung der Einkommenssituation in diesem Bereich und wies zuletzt (2008) 749.000 Menschen aus, die in Haushalten mit „hohem Einkommen“ (mehr als 180% des Medianeinkommens) lebten. Das waren etwa 9% der österreichischen Bevölkerung.<sup>14</sup>

Der Versuch Einkommensgrenzen festzusetzen, ab denen von „hohem Einkommen“ oder „Einkommensreichtum“ auszugehen ist, stellt eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird, dar. In Anlehnung an den deutschen Bericht und die momentan gängige wissenschaftliche Definition übernehmen auch wir die Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2007 wären das in Österreich 36.500 Euro verfügbares Einkommen für einen Einpersonenhaushalt gewesen).<sup>15</sup> Weiters definieren wir eine Einkommensgrenze, ab der von „Einkommensreichtum“ gesprochen werden kann, diese setzen wir bei 400% des Medianeinkommens an, das waren 2007 73.000 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“. Demnach hatten in Österreich im Jahr 2007 zumindest 499.200 Menschen ein hohes Einkommen, etwa 72.600 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen.<sup>16</sup>

**„hohe Einkommen“: ab 200% des Medianeinkommens (2007 waren das in Österreich 36.500 Euro).**

**„Einkommensreichtum“: ab 400% des Medianeinkommens (das waren 2007 73.000 Euro).**

**499.200 Personen verfügten 2007 in Österreich über ein hohes Einkommen, 72.600 von ihnen gelten als einkommensreich.**

<sup>14</sup> www.statistik.at, eigene Berechnungen

<sup>15</sup> www.statistik.at, eigene Berechnungen

<sup>16</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007: 60, 78; Einkommensteuerstatistik 2007: 108

## 2. ÜBERBLICK: ARMUTSGEFÄHRDUNG UND ARMUT IN KÄRNTEN 2008

Seit dem Jahr 2004 werden von der Statistik Austria auf Basis der EU-SILC-Erhebung Armutsgefährdungsquoten für die einzelnen Bundesländer ausgewiesen, wenn diese auch mit äußerster Vorsicht zu genießen sind, denn auf „Grund der Schwankungsbreiten der Bundesländerergebnisse kann keine Rangfolge abgelesen werden.“<sup>17</sup> Dennoch bieten diese Zahlen eine Orientierungshilfe. Durch die Berücksichtigung anderer statistischer Daten wie etwa den Arbeitslosenzahlen oder der Lohn- und Einkommensteuerstatistik können diese Tendenzen untermauert werden.

Im Jahr 2008 waren in Kärnten 9,9% oder 55.000 Personen armutsgefährdet.<sup>18</sup> In den vorangegangenen Jahren lag die Armutsgefährdungsquote in Kärnten zwischen 10,8 und 16,3%<sup>19</sup>. Jedoch muss hier auf die teilweise drastischen Veränderungen zwischen den Jahren folgendes beachtet werden: „Mitunter sehr deutliche Unterschiede zum Vorjahr sind in Hinblick auf die statistische Schwankungsbreite in der Regel nicht signifikant“<sup>20</sup>, so dass hier keine tatsächliche Verbesserung der Situation belegt werden kann. Die Berechnung der Armutsgefährdungsquote über mehrere Jahre soll helfen, diese statistischen Ungenauigkeiten einzuschränken. Im mehrjährigen Vergleich (2005 bis 2007) ergibt sich ein Durchschnitt von 14%. In diesem Fall hatte Kärnten, nach Wien, die zweithöchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.<sup>21</sup>

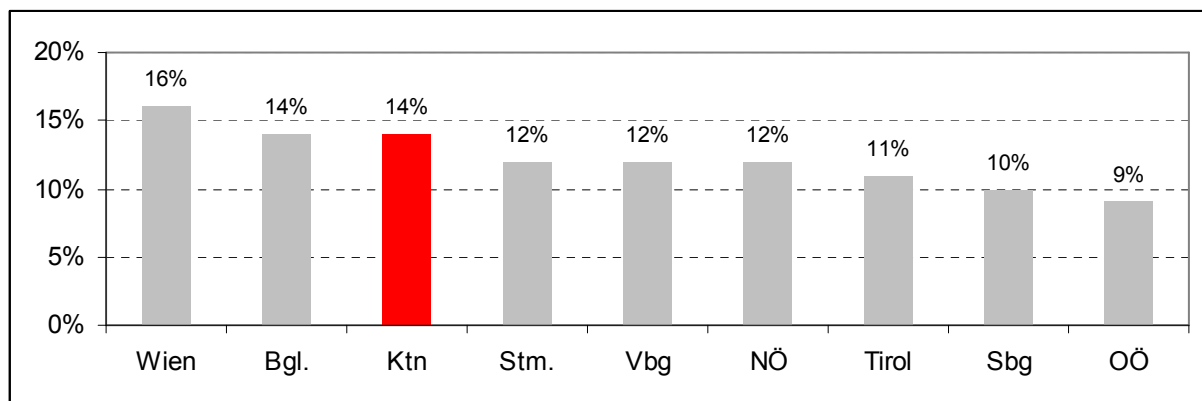


Abbildung 2: Armutsgefährdungsquoten der österreichischen Bundesländer 2005-2007 in %<sup>22</sup>

<sup>17</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 50

<sup>18</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 50

<sup>19</sup> 2004: 13,1%. 2005: 16,3%. 2006: 14,6%. 2007: 10,8%

<sup>20</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 33

<sup>21</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007: 31

<sup>22</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.31

Die Armutsgefährdungslücke war in Kärnten 2008 mit 14% die zweitniedrigste aller Bundesländer.<sup>23</sup> Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hatte demnach ein Einkommen von durchschnittlich rund 818 Euro monatlich (oder 701 Euro 14x im Jahr) zur Verfügung.<sup>24</sup>

***Im Jahr 2008 waren zumindest 55.000 Menschen oder 10% der Bevölkerung in Kärnten armutsgefährdet. Im langjährigen Vergleich, der statistisch besser abgesichert ist, waren es jedoch 14% oder rund 75.000 Personen.***

---

<sup>23</sup> Niedriger war die Armutsgefährdungslücke mit 10% in Tirol, gleich im Burgenland. Die höchsten Lücken hatten Vorarlberg (19%) und Wien (18%).

<sup>24</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

### 3. ARMUT, AUSBILDUNG, ERWERBSTÄTIGKEIT UND EINKOMMEN

#### **Bildung verringert das Armutsrisiko.**

Bildung ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf das Armutsgefährdungsrisiko, spielt sie doch eine große Rolle für die Chancen der einzelnen Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Der formal höchste Bildungsabschluss (sowie Zusatzausbildungen) bestimmen (zu einem hohen Grad) die berufliche Stellung, die Höhe des Erwerbseinkommens und die Erwerbsbeteiligung.

Je niedriger die Ausbildung, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Im Jahr 2009 hatten 82% der arbeitslosen Menschen in Kärnten als höchsten Schulabschluss maximal einen Lehrabschluss.<sup>25</sup>

In Österreich ist die Armutsgefährdungsquote bei Menschen mit lediglich Pflichtschulabschluss mit 22% überdurchschnittlich hoch. Bei allen anderen Ausbildungsniveaus liegt sie aber unter der durchschnittlichen Armutsgefährdung in Österreich (von 12,4%). So beträgt sie bei AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren Schule 9%, bei MaturantInnen 8% und bei AkademikerInnen 6%.<sup>26</sup>

In Kärnten zeigt sich, dass 2001 (zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung) 17% der erwerbstätigen Kärntnerinnen und Kärntner über 15 Jahren (etwa 43.800 Menschen) als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss hatten. Dies bedeutet, dass Kärnten hier unter dem österreichischen Bundesdurchschnitt (von 23%) liegt. Mit 61% (156.400 Personen) überdurchschnittlich hoch ist jedoch der Anteil derer, die eine Lehre oder berufsbildende mittlere Schule abgeschlossen haben. Knapp 31.600 (13%) der Erwerbstätigen haben eine Allgemeinbildende oder Berufsbildende höheren Schule abgeschlossen. Damit liegt Kärnten in etwa im Bundesdurchschnitt. Leichten Aufholbedarf gibt es allerdings noch bei den Hochschulbildungen. Etwa 26.600 (10%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität, im österreichischen Durchschnitt waren es 11%.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, [www.ams.at](http://www.ams.at)

<sup>26</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>27</sup> Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Pflichtschule 23%, Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 54%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

	Kärnten		Österreich
	absolut	in %	in %
Universität oder Fachhochschule	17.705	6,9	7,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	7.296	3	3,2
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	23.937	9,3	7,5
Allgemeinbildende Höhere Schule	9.218	3,6	4,8
Berufsbildende Mittlere Schule	35.144	13,6	13,1
Lehrlingsausbildung	121.292	46,9	40,5
Allgemeinbildende Pflichtschule	43.784	16,9	23,1

**Tabelle 2: Höchste abgeschlossene Schulbildung der Erwerbspersonen (15 Jahre und älter) 2001<sup>28</sup>**

Die Bildungsabschlüsse weisen nach wie vor geschlechtsspezifische Unterschiede auf, wenn auch Frauen in einem Vergleichszeitraum von 10 Jahren (zwischen 1991 und 2001) bei den höheren Bildungsabschlüssen deutlich aufgeholt haben. Im Jahr 2001 verfügten 17,4% der Frauen (18,3% der Männer) über einen Matura oder Hochschulabschluss, das sind um etwa 5% mehr als noch 1991 (Frauen: 12,5%, Männer: 15,1%). Dennoch liegen sowohl Frauen als auch Männern in Kärnten im Bereich der höheren Bildung deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Bei den Lehrabschlüssen gibt es einen eklatanten Unterschied zwischen Männern und Frauen. 41% aller Frauen in Kärnten (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige), 98.800 Personen, hatten 2001 als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23% (51.100) der Männer.

Im Schuljahr 2008/09 besuchten in der 9. Schulstufe in Kärnten 61% aller Kinder eine Allgemein- oder Berufsbildende Höhere Schule (55% von ihnen waren Mädchen). Das waren insgesamt etwas mehr SchülerInnen in AHS und BHS als im österreichische Durchschnitt (55%). 36% der Kinder besuchten in Kärnten eine berufsbildende Mittelschule oder einen polytechnischen Lehrgang, 4% andere Schulformen.<sup>29</sup>

Das österreichische Bildungssystem ist nach wie vor sozial selektiv und erschwert Kindern aus bildungsfernen Haushalten den Aufstieg. „Die geringe Bildungsmobilität kann damit auch ein Indiz für eine Übertragung bzw. Reproduktion von Armut sein.“<sup>30</sup>, so die Statistik Austria. 80% der 10- bis 14-Jährigen aus armutsgefährdeten Haushalten in Österreich besuchen eine Hauptschule. In nicht armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei nur 63%. Nur jedes fünfte Kind aus einem armutsgefährdeten Haushalt hat die Möglichkeit, eine AHS zu besuchen, während 37% der Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten eine AHS besuchen können. Die Folge ist, dass 46% der Kinder aus Akademikerhaushalten selbst einen Universitätsabschluss erlangen, während nur 5% der Nachkommen bildungsferner Haushal-

<sup>28</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten: 119

<sup>29</sup> Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2008/09, Tabellenband: 104ff., 111

<sup>30</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005: 61

te selbiges gelingt. Einfluss auf den späteren Bildungsabschluss hat auch die finanzielle Situation der Haushalte. Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation verfügen zu 36% nur über einen Pflichtschulabschluss, während 7% einen Universitätsabschluss erlangen. Umgekehrt ist die Lage bei finanziell sehr gut ausgestatteten Haushalten. Nur 7% erlangen hier ausschließlich einen Pflichtschulabschluss, über ein Viertel dagegen einen akademischen Grad.<sup>31</sup>

***Der Bildungsgrad beeinflusst Einkommen und das Risiko arbeitslos zu werden. Vor allem im Hochschulbereich hat Kärnten Aufholbedarf. Der Anteil an Kindern in AHS oder BHS liegt in Kärnten aktuell aber etwas über dem österreichischen Durchschnitt.***

## **Normalarbeitsplätze in Kärnten sinken.**

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist die Voraussetzung um ein Erwerbseinkommen zu erlangen, das vor Armut schützen kann. Allerdings haben sich die Arbeitsmarktstrukturen in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert. Die Tendenz ist eine Reduktion der Normalarbeitsplätze zugunsten von Teilzeitbeschäftigung und nicht ganzjährigen Beschäftigungen.

Im Jahr 2009 waren in Kärnten durchschnittlich 254.900 Personen erwerbstätig; das sind um 4.100 Personen weniger als noch im Jahr zuvor. 138.000 oder 54% davon waren Männer und 116.900 Frauen. Vom Rückgang betroffen waren vor allem Männer, sind doch rund 4.000 Männer weniger erwerbstätig als noch 2008. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr die Erwerbstätigenquote der Männer von 76,9% im Jahr 2008 auf 74,8% gesunken; der österreichische Durchschnitt liegt bei 76,9%. Bei den Frauen blieb sie mit 62,9% nahezu unverändert, liegt aber nach wie vor unter dem österreichischen Durchschnittswert von 66,4%.<sup>32</sup>

Die Zahl der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungen ist in Kärnten 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% oder 6.094 Beschäftigungsverhältnisse gesunken. Im Gegenzug dazu sind die ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen um 2,5% gestiegen. Hier zeigt sich weiterhin der geschlechtsspezifische Unterschied bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse. Denn 88% der ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen wurden im Jahr 2009 in Kärnten von Frauen ausgeführt.

<sup>31</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005: 61

<sup>32</sup> Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik 2009: 65ff



Nur noch 53% aller Beschäftigungsverhältnisse waren in Kärnten 2009 „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Damit liegt der Anteil an Normalarbeitsplätzen an allen Beschäftigungsverhältnissen unter dem österreichischen Durchschnitt von 55,6%. Rund 39.400 Personen waren 2009 ganzjährig teilzeitbeschäftigt, das entspricht 15,5% aller Beschäftigungsverhältnisse. Der Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienen in Kärnten nur etwa 50% eines Vollzeitbeschäftigten.

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
<b>Männer</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	91.459	86.151	27.567	29.011	1.969	2.072
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	4.633	4.630	14.415	12.197	1.030	871
nichtganzjährig beschäftigt	38.155	42.072	9.468	10.704	676	765
<b>Frauen</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	49.056	48.270	21.506	22.867	1.536	1.633
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	33.787	34.760	12.126	12.519	866	894
nichtganzjährig beschäftigt	34.102	34.744	5.205	5.620	372	401
<b>gesamt</b>						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	140.515	134.421	25.451	26.805	1.818	1.915
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	38.420	39.390	12.402	12.481	886	892
nichtganzjährig beschäftigt	72.257	76.816	7.456	8.404	533	600
	253.202	253.513	18.196	18.801		

Tabelle 3: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2008 und 2009<sup>33</sup>

30% oder rund 76.800 Beschäftigungsverhältnisse waren 2009 in Kärnten nicht ganzjährig. Das sind um 6,3% mehr als im Jahr zuvor und damit auch über dem Bundesdurchschnitt von 26%. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte aber neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutgefährdungsgrenze.

**Nur mehr 53% aller Beschäftigungsverhältnisse sind in Kärnten 2009 Normalarbeitsplätze (Österreich: 55,6%); das ist um 4,3% weniger als 2008. Vor allem Frauen sind davon betroffen, machen sie doch 88% aller ganzjährig Teilzeitbeschäftigten aus.**

<sup>33</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2008 und 2009

## **Erwerbsarbeit ist kein Schutz vor Armut.**

Der durchschnittliche Netto-Jahresverdienst betrug in Kärnten im Jahr 2009 18.801 Euro. Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Personen verdienten durchschnittlich 26.805 Euro, wobei Männer mit durchschnittlich 29.011 Euro um 27% mehr verdienten als Frauen, deren Durchschnittsverdienst bei 22.867 Euro lag. Bei einer ganzjährigen Teilbeschäftigung halbiert sich der Verdienst auf durchschnittlich 12.481 Euro, wobei sich hier kaum Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen – wenn es auch zu bedenken gilt, dass 88% dieser Arbeitsverhältnisse von Frauen bekleidet werden.

Diese Durchschnittseinkommen liegen deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle, weshalb bisher bezahlte Erwerbsarbeit auch als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut galt – sowohl für die Erwerbstätigen selbst, als auch für deren Haushaltsangehörige. Die Armutsgefährdungsquote für Haushalte mit Erwerbstätigkeit ist mit 7% im Jahr 2008 nach wie vor unter der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote.<sup>34</sup> Dabei beträgt die Armutsgefährdungsquote für eine Vollzeiterwerbstätigkeit 6%, aber auch jene der Teilzeitbeschäftigten ist mit 9% noch unter dem österreichischen Durchschnitt.

Doch nicht jede Form der Erwerbstätigkeit schützt vor Armut, denn im Laufe der letzten Jahre hat die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte in Österreich deutlich zugenommen. Die Armutsgefährdungsquote in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb über die Jahre - mit 4% im Jahr 1999 und 5% im Jahr 2008 – nahezu unverändert. Dafür hat etwa die Armutsgefährdungsquote in Haushalten mit nur teilweiser Erwerbstätigkeit von 8% im Jahr 1999 auf 13% 2008 zugenommen. Prekarisiert hat sich aber auch die Situation von Haushalten, in der keine Person erwerbstätig war – die Armutsgefährdungsquote ist in diesen Haushalten von 25% 1999 auf 35% 2008 gestiegen.

Ein besonders hohes Risiko haben Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Bei Teilzeitbeschäftigung unter 12 Stunden beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 16%, bei Niedriglohnbeschäftigungen sogar 28%. Unter prekären Beschäftigungen finden sich jedoch nicht nur Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigungen, auch unregelmäßige Beschäftigungen (beispielsweise auf Werkvertragsbasis) müssen hinzugezählt werden, die mit 15% ebenfalls eine erhöhte Armutsgefährdung aufweisen.<sup>35</sup>

Wie oben bereits aufgezeigt, schützt eine Erwerbstätigkeit aber keineswegs vor Armut, denn 248.000 Menschen in Österreich (7%) sind trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet!<sup>36</sup> „Working poor“ sind mittlerweile mit 46% die größte Gruppe der Armutsgefährdeten

---

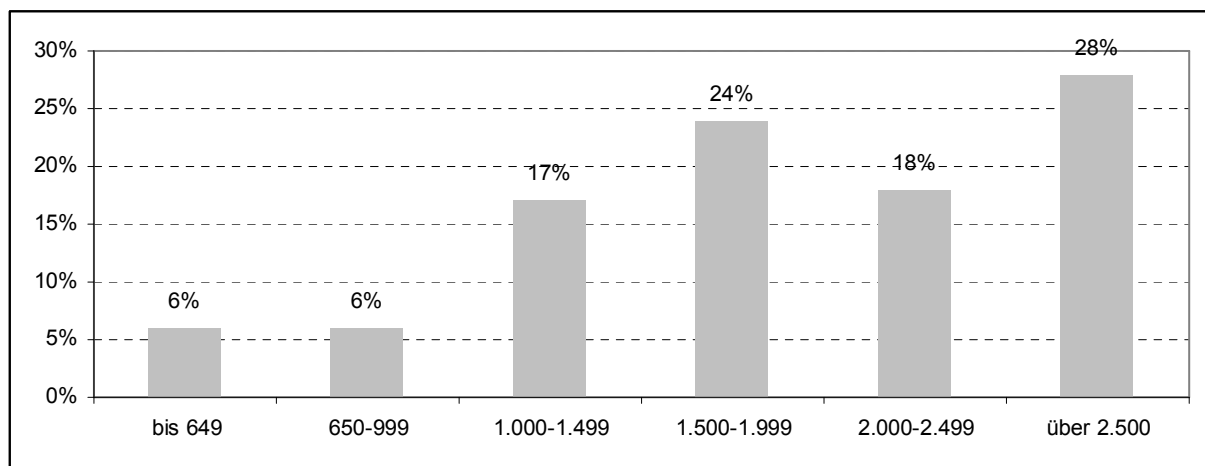
<sup>34</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 51

<sup>35</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 64

<sup>36</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 34

Personen im Erwerbsalter.<sup>37</sup> Dass Menschen trotz Erwerbsarbeit nicht in der Lage sind ihre Grundbedürfnisse zu decken wird in den letzten Jahren ein immer häufigeres Problem. Immer mehr Menschen müssen als „working poor“ bezeichnet werden. Es sind „Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren, deren äquivalisiertes<sup>38</sup> Haushaltseinkommen trotz Erwerbstätigkeit im Jahresverlauf unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“.<sup>39</sup>

In Kärnten hatten im Jahr 2008 12% der (etwa 190.000 unselbständig) Erwerbstätigen ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat und lebten damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle. In Kärnten gab es somit rund 23.000 „working poor“ – unselbständig Erwerbstätige, die trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet waren.



**Abbildung 3: Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2008<sup>40</sup>**

Der Grund für die erhöhte Armutsgefährdung unter Erwerbstätigen sind vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen. „Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen

<sup>37</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 59

<sup>38</sup> Äquivalisiertes Einkommen ist die Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur.

<sup>39</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007: 35

<sup>40</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 53

keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.<sup>41</sup> Mittlerweile hat sich die soziale Absicherung dieser Beschäftigungsverhältnisse zwar etwas verbessert, doch die erhöhte Armutsgefährdung ist geblieben. Auch die Untersuchung EU-SILC 2007 kommt zu dem Ergebnis: „Der Zusammenhang dieser Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist – auch wenn andere Haushaltsmitglieder und ihre Einkommen möglicherweise ausgleichend hinzukommen – deutlich ersichtlich.“<sup>42</sup> Die vorhergehende Tabelle zeigt, dass das durchschnittliche Erwerbseinkommen von nicht ganzjährig Beschäftigten in Kärnten 2008 deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Bei einer Armutsgefährdungsquote von 13%<sup>43</sup>, bedeutet das, dass in Kärnten 2008 etwa 10.000 Personen armutsgefährdet waren, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.

Doch nicht nur die Art und Dauer der Erwerbstätigkeit, sondern auch die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und damit Armutsgefährdung. So haben etwa unter den Erwerbstätigen HilfsarbeiterInnen das höchste Armutsrisiko; Personen, die höhere und hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.<sup>44</sup> Weiters zeigt die Einkommensentwicklung, dass schlechter verdiente ArbeiterInnen in den letzten Jahren kaum Einkommenszuwächse zu verzeichnen hatte, im Gegenteil etwa zu den besser verdienenden BeamtInnen und Angestellten.

Eine Entwicklung, die alle ArbeitnehmerInnen trifft, ist die seit den 1970er Jahren stattfindende Verteilung der Wertschöpfung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Während der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich abnimmt, nimmt der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse zu. 1978 betrug der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte am BIP noch über 57%, 2008 nur mehr 49%. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen am BIP stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 31 auf 40,3%.<sup>45</sup>

Zwei weitere Faktoren, die hier kurz angeschnitten werden sollen, haben einen wesentlichen Einfluss auf das Einkommen: Geschlecht und Bildung. Zwischen Frauen und Männern zeigt sich weiterhin ein deutlicher Einkommensunterschied. Die Differenz des Brutto-Jahresmedianeinkommens von unselbständig erwerbstätigen Männern und Frauen betrug in Kärnten im Jahr 2008 12.719 Euro und ist damit höher als der österreichische Schnitt von 12.516 Euro.<sup>46</sup> Dies hat zur Folge, dass obwohl im Jahr 2009 53% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten Männer und 47% Frauen waren, erhielten Männer 65% sämtlicher Arbeitnehmer-

---

<sup>41</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004: 218

<sup>42</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2007: 38

<sup>43</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>44</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 34

<sup>45</sup> Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977-2008: 26f.

<sup>46</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 35%. Diese Verteilung entspricht auch den österreichweiten Verhältnissen.<sup>47</sup> Eine Ursache hierfür ist, dass Frauen häufiger geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind, bedingt durch die Wahrnehmung von Aufgaben wie Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw. Im Jahr 2009 waren in Kärnten 68% (Ö: 66%) aller geringfügig Beschäftigten Frauen (12.962 von 18.992)<sup>48</sup>.

Ein Grund für die Einkommensunterschiede ist, dass Frauen stärker in niedrigeren Berufspositionen vertreten sind. „So waren z.B. 70% der Angestellten mit Hilfstätigkeiten (Privatwirtschaft) Frauen, hingegen nur 41% der Angestellten mit hoch qualifizierter Tätigkeit bzw. 27% der führenden Angestellten.“<sup>49</sup> Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.<sup>50</sup> Denn auch wenn man nur das oberste Einkommensquartil betrachtet, und somit einer Verzerrung durch die vermehrte Teilzeitbeschäftigung von Frauen entgegenwirkt, verdienen Frauen (im Jahr 2008) immer noch lediglich 66,1% des Einkommens von Männern im obersten Quartil.<sup>51</sup>

Neben Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Während Personen mit Pflichtschulabschluss im Jahr 2008 in Österreich nur zu 48% erwerbstätig waren, liegen alle höheren Abschlüsse bei zumindest 74%, die Erwerbstätigenquote von AkademikerInnen liegt sogar bei 86,5%.<sup>52</sup> Immerhin 82% der Arbeitslosen in Kärnten verfügen über maximal einen Lehrabschluss. Generell gilt: je höher der formale Bildungsabschluss, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden. „Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.<sup>53</sup> Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 51% der AkademikerInnen und 40% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 10% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben. In Kärnten haben nur 19% ein so hohes Einkommen, dass sie dem obersten Einkommensviertel Österreichs zuzurechnen sind.<sup>54</sup>

Unter selbständige Erwerbstätigkeit fallen diverse Einkommensarten, von atypischer Beschäftigung (etwa in Form von Freien Dienstnehmern) über herkömmliche gewerbliche Tätigkeiten bis hin zu Vermietung und Verpachtung. Durch die Mischung verschiedener Einkommensquellen (Arbeitseinkommen, Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung) sind die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit weit schwerer erfass-

---

<sup>47</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009: 254 f, eigene Berechnung

<sup>48</sup> <http://www.sozialversicherung.at>

<sup>49</sup> Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008: 23

<sup>50</sup> vgl. dazu: ÖGPP: 2.Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich: 21f

<sup>51</sup> [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

<sup>52</sup> Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Schnellbericht Jahresergebnisse 2009: 26

<sup>53</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004: 219

<sup>54</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 4

bar als jene von unselbständig Erwerbstätigen. Wenig aussagekräftig sind hier Durchschnittseinkommen. Durch das Vorhandensein relativ vieler „Nullfälle“, also Personen die negative Einkünfte ausweisen, ergeben sich auch relativ niedrige Durchschnittseinkommen. Gleichzeitig zeigen sich zwischen den Quartilen große Unterschiede in der Einkommensverteilung. Große Differenzen ergeben sich aber auch zwischen den einzelnen Wirtschaftsbe-  
reichen.<sup>55</sup> Zwar stellen Selbständige mit einer Armutsgefährdungsquote von 13% keine Hochrisikogruppe dar,<sup>56</sup> dennoch sind sie nicht vor Armut geschützt. In Kärnten gab es zuletzt (2007) etwa 18.700 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.<sup>57</sup> Etwa 2.400 davon waren armutsgefährdet.

***Erwerbstätigkeit schützt nicht vor Armut! 23.000 Menschen in Kärnten müssen als „working poor“ bezeichnet werden.***

***53% aller ArbeitnehmerInnen sind Männer, sie erhalten jedoch 65% aller Brutto-Bezüge. Auch im obersten Einkommensdezil verdienen Frauen nur 66,1% des Einkommens von Männern.***

***Die formale Bildung hat Einfluss auf die Höhe des Einkommens und das Risiko arbeitslos zu werden.***

***In Kärnten waren 2008 außerdem 2.400 selbständig Erwerbstätige armutsgefährdet.***

## **Arbeitslose sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet.**

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Arbeitslose Personen weisen (gemessen an der Gesamtbevölkerung) mit 38% eine überdurchschnittliche hohe Armutsgefährdung auf.<sup>58</sup> Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 43% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.<sup>59</sup>

Für Kärnten ist dieser Faktor von besonderem Interesse, weist Kärnten seit Jahren eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf. So liegt die Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2000 stets deutlich über dem österreichischen Durchschnitt. Im Jahr 2009 gab es, ausgelöst durch die Finanzkrise, einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dies traf auch

<sup>55</sup> Eine genauere Darstellung des Sachverhalts in ÖGPP: „2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“

<sup>56</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 34

<sup>57</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2007: 62f

<sup>58</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 34

<sup>59</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 55

oder vor allem Kärnten. Denn 2009 waren in Kärnten durchschnittlich 9,3% der erwerbstätigen Bevölkerung, das sind 21.021 Personen, arbeitslos. Damit hatte Kärnten 2009 die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.

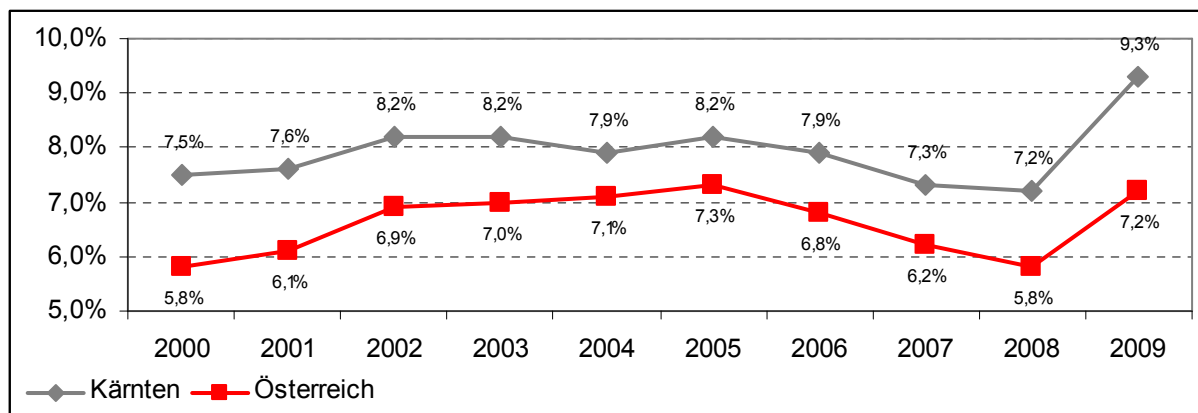


Abbildung 4: Arbeitslosenquoten in Kärnten und Österreich 2000-2009<sup>60</sup>

Die Arbeitslosigkeit schwankt jedoch in Kärnten zwischen den einzelnen Arbeitsmarktbezirken. Einzig in Hermagor erreicht die Arbeitslosenquote den österreichischen Durchschnitt von 7,2%. In allen anderen Arbeitsmarktbezirken liegt sie darüber, am höchsten ist sie in Spittal/Drau mit 11,1%.

Bezirk	Frauen	Männer	gesamt	
			2009	Veränderung zu 2008
Feldkirchen	6,4%	8,6%	7,6%	1,6%
Hermagor	7,3%	7,1%	7,2%	1,7%
Klagenfurt	6,6%	9,5%	8,1%	1,9%
Spittal/Drau	11,0%	11,1%	11,1%	2,1%
St. Veit/Glan	7,7%	9,1%	8,4%	1,9%
Villach	9,3%	11,1%	10,3%	2,2%
Völkermarkt	8,7%	10,6%	9,7%	2,1%
Wolfsberg	8,1%	9,5%	8,9%	2,7%

Tabelle 4: Arbeitslosenquoten der Arbeitsmarktbezirke in Kärnten 2009<sup>61</sup>

Auch bei der Arbeitslosigkeit zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Arbeitslosenquote der Frauen in Kärnten lag 2009 bei 8,1% (8.608 Personen); der österreichische Durchschnitt lag bei 6,3%. Bei den Männern lag sie mit 10,4% (12.413 Personen) noch drastischer über dem österreichischen Durchschnitt von 7,9%. Die obenstehende Tabelle gibt darüber Aufschluss, dass sich geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Arbeitsmarktbezirken zeigen. So beträgt in Feldkirchen und Klagenfurt die Arbeitslosenquote der Frauen „nur“ 6,4 bzw. 6,6%. Die niedrigste Arbeitslosigkeit der Männer gibt es in Hermagor (7,1%).

<sup>60</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

<sup>61</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

In Kärnten waren 2009 also durchschnittlich 21.021 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen. Ziehen wir nun die Armutsgefährdungsquoten für Haushalte mit Arbeitslosen (gemessen an Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren) heran, die für Kurzarbeitslose<sup>62</sup> bei 15%<sup>63</sup> und für Langzeitarbeitslose<sup>64</sup> zwischen 23 und 51%<sup>65</sup> beträgt heran, so muss man davon ausgehen, dass 2009 in Kärnten rund 3.700 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren.

Eine wichtige Sozialleistung im Falle von Arbeitslosigkeit stellen das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe dar. Jedoch muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Höhe des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes und erst recht der Notstandshilfe in Kärnten (wie auch im Rest Österreichs) unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen und somit die Situation vor allem für Langezeitarbeitslose erschweren.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2009 bis zu 63 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 246 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2008 und damit im Bereich der „erhöhten Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 285 bis über 432 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
Männer	29,60	888,00 - 917,60	22,20	666,00 - 688,20
Frauen	23,50	705,00 - 728,50	17,30	519,00 - 536,30
insgesamt	27,30	819,00 - 846,30	20,10	603,00 - 623,10

**Tabelle 5: Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2009<sup>66</sup>**

***Kärnten hatte 2009 die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.  
Rund 3.700 Haushalte waren aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren. Zu der Situation kommt erschwerend hinzu, dass das durchschnittliche Arbeitslosengeld sowie die Notstandshilfe unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen.***

<sup>62</sup> Personen, die weniger als 6 Monate arbeitslos waren.

<sup>63</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 56

<sup>64</sup> Personen, die 6 Monate oder länger arbeitslos waren.

<sup>65</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 34

<sup>66</sup> AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at



## **Pensionen zu niedrig: fast jede/r Fünfte bezieht Ausgleichszulage.**

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: In Kärnten hatten Arbeitnehmer im Jahr 2009 eine um durchschnittlich 45% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Kärnten im Jahr 2009 jährlich 18.803 Euro netto (Österreich: 19.924 Euro) betrug (= ca. 1.343 Euro x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Kärnten im Jahr 2009 nur 12.977 Euro netto (Österreich: 13.831 Euro) (= ca. 927 Euro x 14). Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit bei Frauen um ca. 6,2% und bei Männern um 5,6% unter dem österreichischen Durchschnitt.<sup>67</sup>

Die Nettojahrespension von Frauen in Kärnten, die zumeist ganzjährig beschäftigt waren betrug 13.375 Euro (955 Euro x 14); jene der Männer 19.357 Euro (1.383 Euro x 14).<sup>68</sup> Im Jahr (der letzten Volkszählung) 2001 hatten gar 34% der Pensionistinnen in Kärnten (etwa 21.800 der 64.900 Frauen in Pension) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenrente; von den Männern hatten praktisch alle eine Eigenpension.<sup>69</sup> In Anbetracht dieser Tatsachen verwundert es nicht, dass etwa ein Viertel (genau 24%) aller alleinstehende Pensionistinnen armutsgefährdet sind.<sup>70</sup>

Der Durchschnitt alleine reicht jedoch für eine Betrachtung der Pensionen noch nicht aus, da es in Österreich wie auch in Kärnten eine große Bandbreite der Pensionshöhen gibt. PensionistInnenhaushalte weisen in Österreich generell mit 16% eine leicht überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf<sup>71</sup>, dies liegt an den teils niedrigen Eigenpensionen.

Wenn die Eigenpension (plus etwaige sonstige Einkommen) einen bestimmten Betrag unterschreitet, kommt es zur Auszahlung einer Ausgleichszulage. *„Die Ausgleichszulage ergänzt die Pension um die Differenz zwischen Gesamteinkommen und Richtsatz.“*<sup>72</sup> Dies soll dazu dienen den PensionistInnen ein Mindesteinkommen zu sichern, da es in Österreich eine sogenannte Mindestpension nicht gibt. Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2010 monatlich 738,99 Euro für Alleinstehende und 1.175,45 Euro für Ehepaare.<sup>73</sup> Die Höhe der Ausgleichszulage des Jahres 2010 liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2008 – bei Einzelpersonen etwa um 76 Euro monatlich, aber auch Paare liegen um 47 Euro monatlich unter dieser Schwelle.

---

<sup>67</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009; sie weist 75.296 Frauen und 69.730 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

<sup>68</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009

<sup>69</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten: 12

<sup>70</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 53

<sup>71</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 53

<sup>72</sup> <http://www.help.gv.at/Content.Node/27/Seite.270224.html>. Stand: 19.11.2010

<sup>73</sup> <http://www.help.gv.at/Content.Node/27/Seite.270224.html>. Stand: 19.11.2010

In Kärnten bezog im Dezember 2009 beinahe jede/r fünfte PensionistIn, genauer 18,1% oder 23.934 Personen, eine Ausgleichzulage. Das ist soviel wie in keinem anderen Bundesland; der österreichische Durchschnitt liegt bei 11%. Die durchschnittliche Höhe der Ausgleichzulage lag in Kärnten bei 274 Euro. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 68% der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich waren Frauen.<sup>74</sup>

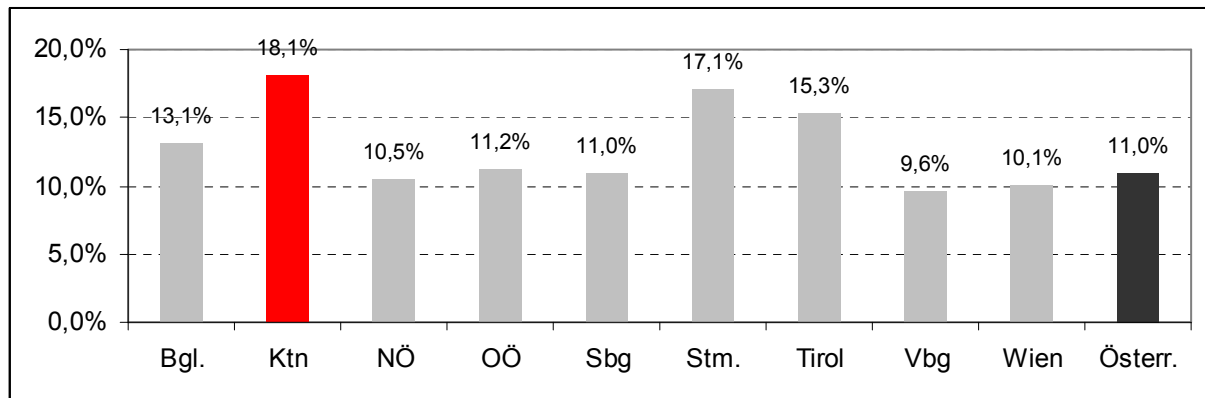


Abbildung 5: AusgleichszulagenbezieherInnen in % des Pensionsstandes, Dezember 2009

**Alter schützt nicht vor Armut! Die Pensionen der KärntnerInnen liegen unter dem österreichischen Durchschnitt. Knapp 24.000 Kärntner PensionistInnen bezogen zur Aufstockung ihrer Pension Ausgleichzulage, waren aber dennoch armutsgefährdet.**

## Einkünfte aus umverteilten Einkommen senken die Armut.

Einkünfte aus umverteilten Einkommen sind einerseits Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, andererseits aber auch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Die Sozialversicherungsleistungen beinhalten Familienleistungen (wie Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), Pensionen und Pflegegelder, Krankengelder, Unfallrenten, Arbeitslosenunterstützungen, aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe bzw. die statt ihr neu eingeführte Mindestsicherung, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Solche Sozialtransfers haben große Bedeutung, wenn es darum geht Armut zu verringern. In Armutsgefährdeten Haushalten machen Sozialleistungen 46% des Gesamteinkommens aus.<sup>75</sup> „Durch die Sozialleistungen wird die Armut um ca. die Hälfte und unter Mitbetrachtung

<sup>74</sup> Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen: 21

<sup>75</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 77

der Pensionen um knapp zwei Drittel reduziert.“<sup>76</sup> Zur Veranschaulichung: Ohne Sozialleistungen wären in Österreich beispielsweise 32% aller alleinstehenden Frauen und sogar 55% aller AlleinerzieherInnen armutsgefährdet. Aufgrund der Sozialleistungen verbessert sich die Armutsgefährdung von alleinlebenden Frauen in Österreich immerhin auf 20% und jene von AlleinerzieherInnen auf 29%.<sup>77</sup>

In Kärnten kommen mehr als ein Drittel aller Einkommen aus Sozialleistungen (12% aller Einkommen) und Pensionen (23% aller Einkommen).<sup>78</sup> Für ein Viertel der Kärntner Bevölkerung (139.000 Personen) sind Pensionen und für weitere 7% (36.000 Personen) Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle. Insgesamt sind also 32% bzw. 175.000 der in Kärnten lebenden Personen auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen.<sup>79</sup> Gäbe es Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht, dann wären 133.000 Kärntnerinnen und Kärntner (24% der Bevölkerung) armutsgefährdet. Ohne Pensionen wären es sogar 250.000 Menschen. 78.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, zumindest 55.000 bleiben dennoch armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.<sup>80</sup>

Die Leistungen im Falle des Verlustes der Erwerbsarbeit (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) wurden bereits dargestellt. Wenn *„der notwendige Lebensbedarf bzw. Lebensunterhalt weder durch den Einsatz der eigenen Kräfte und Mittel (Arbeitskraft, Einkommen und Vermögen), durch familiäre Unterhaltsleistungen oder durch sozialversicherungsrechtliche oder sonstige vorrangige Leistungsansprüche gesichert werden kann (Prinzip der Subsidiarität)“*<sup>81</sup> dann besteht Hilfsbedürftigkeit und man war bisher dazu berechtigt Sozialhilfe zu beziehen. Im Jahr 2008 gab es in Österreich insgesamt 213.612 SozialhilfeempfängerInnen, 6.574 davon in Kärnten. 2.109 von ihnen waren in Privathaushalten untergebracht („offene Sozialhilfe“), 4.465 Personen dagegen in Altenwohn- und Pflegeheimen. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen ist in den letzten 10 Jahren, zwischen 1998 und 2008, stark angestiegen – österreichweit um insgesamt 69,9%, bei der offenen Sozialhilfe sogar um 117%. Wenn Kärnten auch bei der offenen Sozialhilfe mit einer Steigerung der BezieherInnen um 95,5% etwas unter dem Durchschnitt lag, zeigt sich bei den SozialhilfeempfängerInnen insgesamt mit 101,9% die höchste Steigerungsquote aller österreichischen Bundesländer. Der Anstieg ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass immer mehr Menschen ergänzend zu ihrem Einkommen oder Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe auch Sozialhilfe beziehen. Ihre

---

<sup>76</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: Vorwort

<sup>77</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>78</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 10

<sup>79</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 12

<sup>80</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>81</sup> Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: [www.bmask.at](http://www.bmask.at)

Ansprüche oder Verdienste werden durch die Sozialhilfe ergänzt, um Grundbedürfnisse zu sichern.

Bundesland	SozialhilfeempfängerInnen insgesamt	offene Sozialhilfe
	Veränderung in %	
Burgenland	20,1	-12,2
Kärnten	101,9	95,5
Niederösterreich	55	128
Oberösterreich	63,9	221
Salzburg	4,5	6
Steiermark*	95,9	144,9
Tirol	53,5	103,4
Vorarlberg*	96,4	153,1
Wien	84,4	136,2
Österreich	69,6	117

\* Die Zahlen zu den Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher in Privathaushalten der Steiermark und Vorarlbergs sind ab 2006 (bessere bzw. genauere Datenerfassung) mit jenen der Vorjahre nicht vergleichbar.

**Tabelle 6: Zunahme der SozialhilfeempfängerInnen 1998 bis 2008<sup>82</sup>**

Mit dem 1. September 2010 wurde die Sozialhilfe durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung abgelöst. *„Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine Sozialleistung des österreichischen Staates, die von der Bundesregierung zur Bekämpfung der Armut eingesetzt wird.“<sup>83</sup>* Während die Sozialhilfe bisher von den Bundesländern unterschiedlich geregelt wurde, gibt es bei der Mindestsicherung eine bundesweit einheitliche Basis. Es liegt in der Kompetenz der einzelnen Bundesländer darüber hinaus gehende Zahlungen zu leisten. Neben dieser Neuerung soll die Mindestsicherung bisherige Schwachstellen der Sozialhilfe beseitigen. Sie ist aber ebenso wie diese als *„Auffangnetz“* konzipiert, *d.h. Leistungen stehen nur zu wenn der Lebensbedarf nicht durch eigene Erwerbsarbeit, durch andere Sozialleistungen oder durch die Hilfe von Familienmitgliedern gedeckt werden kann.“<sup>84</sup>* Als Leitwert gelten dabei die Ausgleichszulagenrichtsätze aus der Pensionsversicherung, die 2010 für Einzelpersonen bei 744 Euro und für Ehepaare 1.116 Euro netto betragen. Auch wenn die bedarfsorientierte Mindestsicherung Armut abfedern soll, liegen diese Richtsätze unter der Armutgefährdungsschwelle des Jahres 2008. Dennoch hat sich die Situation der Betroffenen in Kärnten dadurch verbessert. „Alleinstehende“ etwa bezogen bisher nach der Regelung der Sozialhilfe lediglich 632,5 Euro bzw. 695,75 Euro inklusive Wohnkostenanteil. Dieser Richtsatz fand auch bei AlleinerzieherInnen Anwendung, während die Mindestsicherung zusätzliche Zahlungen pro Kind in der Höhe von 133,9 Euro vorsieht. Auch Ehepaare in Kärnten

<sup>82</sup> Statistik Austria:

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/sozialleistungen\\_auf\\_landesebene/sozialhilfe/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/index.html). Stand: 04.12.2010

<sup>83</sup> AMS: [www.ams.at/sfa/23618.html](http://www.ams.at/sfa/23618.html). Stand: 04.12.2010

<sup>84</sup> AK Wien: Neue Mindestsicherung: 4

waren nach der alten Sozialhilferegelung finanziell schlechter gestellt als heute mit der Mindestsicherung.<sup>85</sup>

Die derzeit bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen reichen weder in Österreich noch in Kärnten nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmensenkungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken Preiserhöhungen de facto armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, die Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der selbst in Zeiten der Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfiel als in vergangenen Aufschwungphasen. Zuletzt sorgten vor allem die deutlich erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise für Belastungen armutsgefährdeter Haushalte.

***Ein Drittel aller Einkommen in Kärnten stammen aus Sozialleistungen oder Pensionen. Trotz dieser Leistungen sind zumindest 55.000 KärntnerInnen armutsgefährdet.***

***Die Einführung der Mindestsicherung mit September 2010 hat die Situation für die rund 6.600 SozialhilfeempfängerInnen zwar verbessert, sie sind aber dennoch weiterhin armutsgefährdet.***

---

<sup>85</sup> Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: [www.bmask.at](http://www.bmask.at)

## 4. ARMUT, FRAUEN UND FAMILIE

Ein wesentliches Kriterium für die finanzielle Situation von Haushalten ist ihre Zusammensetzung und die damit verbundenen Erwerbsmöglichkeiten. Haushalte mit kleinen Kindern, AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien sind in Österreich häufig armutsgefährdet. Die Ursachen dafür sind im Wesentlichen die Notwendigkeit der Betreuung von Kindern, die zu meist durch Frauen erfolgt und die damit verbundene Einschränkung der Erwerbstätigkeit.

Kinder, Jugendliche und von den Eltern finanziell abhängige junge Erwachsene stellen in Österreich mit 264.000 Betroffenen im Jahr 2008 eine der größten armutsgefährdeten Gruppen dar. Damit sind mehr als ein Viertel der armutsgefährdeten Personen in Österreich Kinder.<sup>86</sup> Für Kärnten fehlen diesbezüglich aktuelle Zahlen. Eine vorsichtige Berechnung für Kärnten unter Berücksichtigung der Kinderzahl je Familie ergibt, dass zumindest 16.100 Kinder unter 18 Jahre in Kärnten armutsgefährdet sind.<sup>87</sup>

Nicht alle Kinder sind dem gleichen Risiko ausgesetzt, in einem armutsgefährdeten Haushalt aufzuwachsen. Zwei Faktoren beeinflussen dies maßgeblich: das Alter der Kinder und die Familienzusammensetzung. Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (0 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (zwischen 14 und 16%).<sup>88</sup> Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und Frauen wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sind. Die Auswirkungen der Familienzusammensetzung auf die Armutsgefährdung soll im Folgenden dargestellt werden.

### **Fast jeder 3. AlleinerzieherInnen-Haushalt armutsgefährdet.**

Ein-Eltern-Haushalte haben mit 29% im Jahr 2008 ein stark erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. In Österreich müssen 92.000 Haushalte mit einem alleinerziehenden Elternteil mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle auskommen.<sup>89</sup> In Kärnten war im Jahr 2008 mehr als jede fünfte Familie mit Kindern ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (ca. 22.900 der ca. 101.300 Familien mit Kindern). In den Haushalten von AlleinerzieherInnen lebten etwa 29.900 Kinder, 11.000 (37%) von ihnen waren unter 15 Jahre alt. 85% bzw.

---

<sup>86</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 72

<sup>87</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 46; Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2008: 62ff.; eigene Berechnungen

<sup>88</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 69

<sup>89</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 69

19.400 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren bzw. sind Frauen mit zusammen 25.700 Kindern.<sup>90</sup>

Bei einer Armutsgefährdungsquote von 29% muss man davon ausgehen, dass in Kärnten rund 6.600 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 15.300 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet sind. Von den armutsgefährdeten AlleinerzieherInnen-Haushalten sind etwa 5.600 (85%) alleinerziehende Mütter.

Alleinerzieherinnen sind aus ökonomischen Gründen vermehrt dazu gezwungen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. So waren zuletzt (2006) in Österreich 82% aller AlleinerzieherInnen erwerbstätig.<sup>91</sup> Obwohl Ein-Eltern-Haushalte eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsbeteiligung aufweisen, sind sie häufiger von Armut betroffen als andere Haushalte. *„Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“*<sup>92</sup> Erwerbseinkommen und Sozialtransfers reichen nicht für ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle aus. Wenn alleinerziehende Frauen jedoch nicht erwerbstätig sind, steigt das Armutsgefährdungsrisiko sprunghaft auf 60% an.<sup>93</sup> Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 29% der Ein-Eltern-Haushalte, sondern sogar 54% armutsgefährdet.<sup>94</sup> Trotz dieser Unterstützungen sind 9% der österreichischen Ein-Eltern-Haushalte von Einkommensmangel betroffen. Weitere 23% leiden unter Teilhabemangel und 20% der AlleinerzieherInnenhaushalte leben in manifester Armut.<sup>95</sup> Die Armutsgefährdungslücke liegt bei Ein-Eltern-Haushalten im Durchschnitt bei 16%. Bei einem Haushalt mit einem Kind bedeutet das einen monatlichen Fehlbetrag von 198 Euro, in AlleinerzieherInnenhaushalten mit zwei Kindern liegt das Einkommen monatlich sogar um 243 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle.

***In Kärnten ist jede fünfte Familie mit Kindern ein AlleinerzieherInnen-Haushalt. Die erhöhte Armutsgefährdung von 29% führt dazu, dass 6.600 AlleinerzieherInnen-Haushalte mit zusammen 15.300 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet sind.***

## **Jede 5. Familie mit 3 oder mehr Kindern armutsgefährdet.**

Kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern sind ebenfalls häufiger von Armutsgefährdung betroffen. Diese Haushalte haben eine Armutsgefährdungsquote von durchschnittlich

<sup>90</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2008: 64f

<sup>91</sup> Statistik Austria: Frauen und Männer in Österreich: 21

<sup>92</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004: 222

<sup>93</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 70

<sup>94</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>95</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 37

20%.<sup>96</sup> In Kärnten gab es im Jahr 2008 10.600 Familien mit drei und mehr Kindern. Insgesamt lebten 55.400 Personen in diesen Haushalten, davon waren 34.200 Kinder.<sup>97</sup> Geht man davon aus, dass sich die durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote dieser Haushalte in Kärnten nicht von der Österreichweiten unterscheidet, waren im Jahr 2008 rund 2.100 Haushalte mit insgesamt 11.600 Kindern und Erwachsenen in Kärnten armutsgefährdet, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern lebten.

Zwar weisen auch kinderreiche Familien eine vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung auf, dennoch reichen Einkommen und Sozialtransfers auch in diesem Fall nicht aus, um die überdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten zu finanzieren. Besonders wichtig werden daher staatliche Unterstützungen. Ohne entsprechende Sozialtransfers würde die Armutsgefährdungsquote solcher Familien nicht bei 20%, sondern sogar bei 54% liegen.<sup>98</sup> Dennoch sind 10% kinderreichen Familien in Österreich von Einkommensmangel betroffen, weitere 13% von Teilhabemangel. In manifester Armut leben weitere 10% dieser Haushalte in Österreich.<sup>99</sup> Die Armutsgefährdungslücke liegt in gefährdeten Haushalten bei durchschnittlich 16%. Das monatliche Einkommen liegt bei einer Familie mit drei Kindern damit um durchschnittlich 365 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle, in Haushalten mit mehr Kindern ist die Differenz zwischen dem tatsächlichen Einkommen und dem notwendigen noch höher.

Familien mit ein oder zwei Kindern sind dagegen deutlich seltener durch Armut gefährdet als die eben genannten Familienkonstellationen. Ihr Armutsgefährdungsrisiko ist unterdurchschnittlich und liegt bei 9 und 10%.<sup>100</sup> Das bedeutet jedoch, dass in Kärnten im Jahr 2008 dennoch 3.300 Familien mit nur einem Kind und 3.100 Familien mit zwei Kindern armutsgefährdet waren. Jeweils 4% dieser Familien leben in manifester Armut. Auch hier haben Sozialleistungen eine wichtige Rolle im Haushalteinkommen. Ohne diese wären 19% der Familien mit einem Kind und 27% der Familien mit zwei Kindern von Armutsgefährdung betroffen. Das Einkommen von armutsgefährdeten Familien mit einem Kind liegt durchschnittlich 13% (222 Euro) unter dem Schwellenwert, jenes von Familien mit zwei Kindern um durchschnittlich 19% oder 379 Euro.

---

<sup>96</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>97</sup> Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2008: 62

<sup>98</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>99</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 37

<sup>100</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33



**Jede fünfte Familie mit 3 oder mehr Kindern ist armutsgefährdet. In Kärnten waren 2.100 solcher Haushalte mit zusammen 11.600 Kindern und Erwachsenen armutsgefährdet.**

**Familien mit einem oder 2 Kindern sind zwar unterdurchschnittlich häufig von Armut betroffen, dennoch waren in Kärnten 3.300 Familien mit einem und 3.100 Familien mit zwei Kindern gefährdet.**

## **Familie und Erwerbstätigkeit von Frauen.**

In Familien mit Kindern sind Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zumeist nur dann möglich, wenn eine hohe Erwerbsbeteiligung erzielt werden kann, also beide Elternteile erwerbstätig sind. *„Die Erwerbspartizipation von Frauen ist ein entscheidendes Mittel, um Familien ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen. (...) Vor allem Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen bedeutet ein geringeres Armutsrisiko.“*<sup>101</sup> In den meisten Haushalten besteht jedoch nur teilweise Erwerbsintensität, da zumeist Frauen aufgrund der familiären Verpflichtungen ihre Erwerbstätigkeit vermindern oder sogar ganz einstellen.

Vor allem in Haushalten mit kleinen Kindern, die noch nicht schulpflichtig sind, ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen gering und damit das Armutsgefährdungsrisiko hoch. Von den Frauen, die Kleinkinder unter 6 Jahren haben, sind nur 44% erwerbstätig und von diesen sind in Österreich 68% nur Teilzeit erwerbstätig und damit abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.<sup>102</sup> Das Alter des Kindes hat also unmittelbare Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Frau: *„Ist das jüngste Kind im Kindergarten- bzw. Vorschulalter, beträgt die Armutsgefährdung 14% bzw. 16%. Erst wenn das jüngste Kind im schulpflichtigen Alter ist, wird in Haushalten wieder teilweise oder volle Erwerbsintensität erreicht.“*<sup>103</sup> Damit sinkt die Armutsgefährdung in Mehrpersonenhaushalten wieder auf ein durchschnittliches Niveau. Der aktuelle EU-SILC Bericht hält fest: *„Wenn die Frauen im Haushalt keine Erwerbsbeteiligung ausüben, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 21%, sind sie hingegen erwerbstätig nur bei 7%.“*<sup>104</sup>

<sup>101</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 70

<sup>102</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 65; eigene Berechnungen

<sup>103</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 69/70

<sup>104</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 70

**Die Erwerbsbeteiligung von Frauen senkt das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern signifikant. Um Armut zu bekämpfen, muss die Erwerbsbeteiligung von Frauen deshalb erhöht werden.**

## **Das Kinderbetreuungsangebot in Kärnten.**

Eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen (mit kleinen Kindern) und geringeres Armutsgefährdungsrisiko von Familien mit Kindern kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn entsprechend qualitative Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch der Sozialbericht 2007-2008 macht darauf aufmerksam, dass *„durch Betreuungspflichten und mangelnde außersfamiliäre Betreuungsangebote [...] Frauen häufig an der Aufnahme einer (Vollzeit)Erwerbstätigkeit gehindert“*<sup>105</sup> werden. Ohne, dass die Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet, kann ein adäquater Lebensstandard mittlerweile kaum noch finanziert werden. Der aktuelle EU-SILC Bericht zieht daher den Schluss: *„Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen durch leistbare, zeitlich flexible und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu ermöglichen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Reduzierung von Armutsrisiken für Familien.“*<sup>106</sup> Dennoch ist das Angebot an Kinderbetreuung häufig mangelhaft.

Im Jahr 2008 waren etwa 82.200 Kinder in Kärnten unter 15 Jahre alt<sup>107</sup> und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Rund 29.300 von ihnen waren jünger als 6 Jahre, also im Vorschulalter. Davon befanden sich aber nur etwa 14.300 in Krippen oder Kindergärten. Das heißt, dass nur 49% (Österreich: 53%) der Kinder unter 6 Jahren in Kärnten in institutionellen Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, 51% dagegen zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut wurden. Bei der institutionellen Betreuung von Kleinkindern zeigt sich in Österreich folgender Trend: je jünger das Kind, desto seltener wird es in Österreich wie auch in Kärnten in einer Kindereinrichtung betreut. So wird bei den 0 bis 2-jährigen in Österreich nur beinahe jedes sechste, in Kärnten sogar nur jedes siebente Kind in einer Betreuungseinrichtung versorgt. Ab dem 4.Lebensjahr steigt die institutionelle Betreuungsquote an. So lag die Betreuungsquote der 3 bis 5-jährigen in Österreich bei 88,5%. Kärnten weist in dieser Altersgruppe mit 81,3% die niedrigste Quote aller österreichischen Bundesländer auf. Hieraus ist zu schließen, dass es in Kärnten einen Aufholbedarf des Angebotes an Kindergartenplätzen gibt. Die institutionelle Betreuung von Volksschulkindern (6 bis 9 Jahre) ist im österreichischen Ver-

<sup>105</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 242

<sup>106</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 70

<sup>107</sup> www.statistik.at, Bevölkerung

gleich in Kärnten jedoch überdurchschnittlich; Kärnten weist sogar mit 18,8% (Österreich: 15,4%) die höchste Betreuungsquote aller Bundesländer auf.<sup>108</sup>

Alter in Jahren	Betreuungsquote	
	Kärnten	Österreich
unter 1 Jahr	1%	1%
1 Jahr	12%	11%
2 Jahre	29%	35%
3 Jahre	62%	78%
4 Jahre	87%	94%
5 Jahre	95%	94%
Volksschulalter	15-22%	13-19%

Tabelle 7: Kinderbetreuungsquote nach Alter in Kärnten und Österreich 2009/2010<sup>109</sup>

***Nur 49% der Kinder unter 6 Jahren waren 2009/10 in einer institutionellen Betreuungseinrichtung untergebracht. Kärnten hat hier Aufholbedarf, denn der österreichische Durchschnitt liegt bei 53%.***

<sup>108</sup> Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2009/2010: 84

<sup>109</sup> Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2009/2010: 84

## 5. ARMUT UND MIGRATION

### Über ein Viertel der MigrantInnen armutsgefährdet.

In Österreich waren im Jahr 2008 über ein Viertel aller MigrantInnen (26%) armutsgefährdet, wobei sich hier Unterschiede je nach Herkunftsregion der MigrantInnen zeigen.<sup>110</sup> Bei Personen aus dem EU/EFTA-Raum liegt die Armutsgefährdungsquote bei durchschnittlich 17%. Kommen die Personen aus dem restlichen Ausland, so weisen diese eine sehr hohe Gefährdungsquote von 30% auf. *„Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“*<sup>111</sup> Zwar sinkt die Armutsgefährdung, wenn es zu einer Einbürgerung kommt, allerdings liegt die Armutsgefährdungsquote für diese Personengruppe mit 21% relativ hoch.<sup>112</sup>

In Kärnten lebten im Jahr 2009 36.802 Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das entspricht 6,6% der Bevölkerung. Davon kamen 44% bzw. 16.331 Personen aus einem Land der EU27. Weitere 45% bzw. 16.457 Personen stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft gab es in Kärnten 2008 lediglich 884. Die restlichen 3.130 in Kärnten lebenden Einwanderer kamen aus anderen Staaten der Erde.<sup>113</sup> In Kärnten lebten 2009 noch weitere 13.200 Personen, die mittlerweile eingebürgert, aber im Ausland geboren wurden.<sup>114</sup>

Wenn man davon ausgeht, dass sich die Armutsgefährdungsquoten für MigrantInnen und Eingebürgerte in Kärnten nicht von den gesamtösterreichischen unterscheiden, so muss davon ausgegangen werden, dass 2009 in Kärnten etwa 9.600 MigrantInnen und 2.700 Eingebürgerte – zusammen 12.300 Personen mit Migrationshintergrund – armutsgefährdet waren.

73% aller MigrantInnen und sogar 82% der MigrantInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen, müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommens auskommen.<sup>115</sup> Dies liegt daran, dass sich MigrantInnen überdurchschnittlich häufig in schlecht bezahlten Anstellungen finden. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme erschweren den Zugang zu höher qualifizierten und besser bezahlten Berufen. So sind Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft oder aber auch MigrantInnen, die aus einem der EU-Staaten kommen nur zu etwa 25% als ArbeiterInnen tätig. Hingegen arbeiten 79% der türkischen und 74% der aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Erwerbstätigen als ArbeiterInnen und somit in eher schlecht bezahlten Anstellungen.

<sup>110</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>111</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004: 220

<sup>112</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 33

<sup>113</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, Kap. 2.14, 2.15: 49ff

<sup>114</sup> Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2009: 165

<sup>115</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 8

Staatsbürgerschaft	Erwerbstätige	davon ArbeiterInnen	
		absolut	in %
MigrantInnen insgesamt	419.500	207.200	49,4%
EU27	176.500	148.800	25,4%
ehemaliges Jugoslawien	1.436.000	106.000	73,8%
Türkei	408.000	32.300	79,2%
andere	58.600	24.200	41,3%
Österreicher	3.658.200	907.600	24,8%

**Tabelle 8: Anteil der ArbeiterInnen an den Erwerbstätigen nach Staatsbürgerschaft 2009<sup>116</sup>**

Ein weiterer Grund für die hohe Armutsgefährdung von MigrantInnen liegt wohl in dem Umstand, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen gering ist. Aus kulturellen Gründen wird die Hausarbeit und Kindererziehung den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer besonders geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. So liegt die Erwerbstätigenquote von türkischen Frauen bei unterdurchschnittlichen 36,6% (Österreich: 52,3%), während jene der Männer im österreichischen Durchschnitt liegt.<sup>117</sup> Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute aber meist schwierig.

***26% aller MigrantInnen und sogar 30% jener EinwanderInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen sind armutsgefährdet. In Kärnten lebten 2009 schätzungsweise 12.300 MigrantInnen oder mittlerweile Eingebürgerte, die armutsgefährdet waren.***

## **Kinder mit Migrationshintergrund.**

Die erhöhte Armutsgefährdung von MigrantInnen und Eingebürgerten trifft auch ihre Kinder. Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft haben ein Armutsgefährdungsrisiko von 12%. Wenn die Kinder oder Jugendlichen hingegen eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische haben, sind 38% von ihnen von Armut gefährdet, insgesamt sind 84.000 Kinder in ganz Österreich davon betroffen. Starke Einfluss hat aber nicht nur die eigene Staatsbürgerschaft, sondern auch die der Eltern. *„Das Armutsrisiko von Zuwandererkindern ist damit mit 31% fast drei Mal so groß wie das Gleichaltriger in österreichischen Haushalten ohne ausländischen oder eingebürgerten Mitglied (11%).“<sup>118</sup>*

<sup>116</sup> Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2009: 148

<sup>117</sup> Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2009: 145f

<sup>118</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 73

***Auch Kinder und Jugendliche leiden unter der erhöhten Armutsgefährdung von MigrantInnen. So liegt der Anteil jener, die eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und armutsgefährdet sind bei 38%.***

## 6. ARMUT, GESUNDHEIT UND PFLEGE

### Armut macht krank.

„Je ärmer Menschen sind, desto kränker sind sie. Diese Unterschiede existieren auch in Gesellschaften mit vergleichsweise hohem Lebensstandard und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem für alle Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen.“<sup>119</sup> Für Kärnten bedeutet das, dass die 55.000 armutsgefährdeten Menschen auch mit einem erhöhten gesundheitlichen Risiko leben.

„Von schweren und chronischen Erkrankungen, die einen erhöhten Versorgungsbedarf erforderlich machen, sind sozial benachteiligte Gruppen überproportional häufig betroffen.“<sup>120</sup>

Es zeigt sich, dass bei ärmeren Menschen bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) häufiger auftreten.<sup>121</sup> Auch das psychische Wohlbefinden ist bei ärmeren Personen deutlich schlechter.<sup>122</sup> Manifest arme Menschen sind viermal so häufig von Gesundheitsproblemen betroffen wie Menschen ohne finanziellen Mangel.<sup>123</sup> 37% der Personen in einer manifesten Armutslage leiden an chronischen Krankheiten.

Dabei wirken sich gesundheitliche Probleme in zweifacher Hinsicht negativ aus: einerseits belasten die Kosten für medizinische Behandlungen Armutsgefährdete doppelt so schwer, andererseits schränkt eine Krankheit die Chancen am Arbeitsmarkt teilzunehmen deutlich ein, was die Gefahr einer Armutsgefährdung erhöht.

Krankheiten bedeuten oft gesellschaftlichen Ausschluss, was sich wiederum negativ auf die Gesundheit auswirkt. „Arbeitslose Personen fühlen sich gesundheitlich schlechter, leiden häufiger an ausgewählten chronischen Krankheiten und Schmerzen und rauchen häufiger täglich.“<sup>124</sup> So leiden Arbeitslose häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Männer haben ein 7,6-fach höheres und Frauen ein 4,4-fach höheres Risiko als Erwerbstätige, daran zu erkranken. Ein weiterer Zusammenhang in diesem Kontext, der festgestellt werden konnte ist jener zwischen sozialer Benachteiligung

---

<sup>119</sup> Dimmel, Heitzmann, Schenk (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich: 181

<sup>120</sup> Bauer, Büscher (Hrsg.), 2008: Soziale Ungleichheit und Pflege: 21

<sup>121</sup> ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

<sup>122</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 40

<sup>123</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 255f

<sup>124</sup> Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007: 9

und Übergewicht (Adipositas). Das Risiko einer Adipositaserkrankung ist „*bei armutsgefährdeten Frauen doppelt so hoch wie bei Frauen aus der höchsten Einkommensgruppe*“<sup>125</sup>.

Das Ziel des Gesundheitssystems muss eine Reduktion sozialer Ausgrenzung von armen Menschen sein. Denn „*die bedeutsamsten Ursachen für gesundheitliche Ungleichheit [...] sind neben niedrigem Erwerbseinkommen soziale Faktoren wie ein geringer Stellenwert der eigenen Gesundheit, Bildungsferne, Langzeitarbeitslosigkeit und geringe gesellschaftliche Teilhabe.*“<sup>126</sup> Bildungsferne Gruppen haben gleichzeitig ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. Durch diese Wechselwirkung ist die „*Erhöhung des Bildungsniveaus [...] eine der effektivsten möglichen verhältnispräventiven Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit einer Gesellschaft.*“<sup>127</sup> Denn diese Personen verfügen oft nicht über die Kompetenzen, Versorgungsangebote in Anspruch zu nehmen. Weiters tritt eine erschwerte Arzt-Patienten-Kommunikation bei Personen mit geringerer Bildung auf und viele Angebote weisen eine Mittelschichtorientierung auf. So kommt es auch, dass ärmere Menschen FachärztInnen weniger oft in Anspruch und früher und häufiger pflegebedürftig werden.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass Menschen mit geringerem Bildungsgrad (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter beurteilen als Menschen mit höherer Bildung.<sup>128</sup> Es zeigt sich auch, dass der Bildungsabschluss einen Einfluss auf das Sterbealter hat. So sterben Menschen ohne weiterführenden Bildungsabschluss deutlich früher (Frauen um 3 Jahre und Männer um 6 Jahre) als Personen mit einem Universitäts- oder Hochschulabschluss.<sup>129</sup>

Auch wenn die „*bedeutsamsten Ursachen für gesundheitliche Ungleichheit [...] nicht im Gesundheitssystem per se*“<sup>130</sup> liegen, ist vor Einsparungen im Gesundheitswesen zu warnen, denn diese treffen in erster Linie finanziell schlechter gestellte Gruppen, da sich diese eine private Gesundheitsversorgung nicht leisten können.

Besonderes Augenmerk muss auch auf den Gesundheitszustand von Kindern, die ihre Lebensumstände nicht selbst bestimmen können, gelegt werden. Dabei sind Kinder von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit bzw. psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Es zeigt sich, dass Kinder in armen Haushalten häufiger zu Übergewicht neigen und Jugendliche einen erhöhten Nikotin- und Alkoholkonsum aufweisen.<sup>131</sup> Kopf-

---

<sup>125</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 257

<sup>126</sup> Vgl. Sting, Stephan: Gesundheitliche Ungleichheit: 428

<sup>127</sup> Dimmel, Heitzmann, Schenk (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich: 181

<sup>128</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 27

<sup>129</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 257

<sup>130</sup> Dimmel, Heitzmann, Schenk (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich: 181

<sup>131</sup> ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit



schmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit sind weitere Symptome, die laut einer Befragung (von SchülerInnen im Alter von 11 bis 15 Jahren), bei Unterschicht-Kindern deutlich öfter auftreten. Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind, denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als bei Einkommensstarken. Armutsgefährdete Kinder leiden heute schon unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen, werden dies aber auch in weiterer Folge tun. Denn arme Kinder sind die (chronisch) Kranken von morgen.

Eine weitere Gruppe, die mit Armutsgefährdung zu kämpfen hat sind Personen mit besonderen Bedürfnissen. Personen mit besonderen Bedürfnissen brauchen mehr oder weniger ständige Betreuung. In Österreich gelten 717.000 Menschen (ab 20 Jahren) als behindert.<sup>132</sup> Dazu kommen noch etwa 6.000 weitere Personen mit Behinderung zwischen 16 und 20 Jahren. Insgesamt leben also 9% der Bevölkerung in Österreich mit starker Beeinträchtigung durch Behinderung. Wenn man davon ausgeht, dass sich der Anteil von behinderten Menschen an der Gesamtbevölkerung auch in Kärnten nicht wesentlich anders als in Österreich verhält, so lebten 2008 etwa 43.000 Personen (ab 16 Jahren) in Kärnten mit einer Behinderung.<sup>133</sup> Eine Behinderung ist für die darunter leidenden Menschen und deren Angehörigen (oftmals) mit erhöhter Armutsgefährdung verbunden. 837.000 Menschen in Österreich leben in Haushalten, wo mindestens eine Person im Erwerbsalter (zwischen 20 und 64 Jahren) behindert ist. Die Armutsgefährdungsquote beträgt hier 19%.<sup>134</sup> Insgesamt (ohne Altersbeschränkung) leben 1.409.000 Personen in Haushalten, wo mindestens eine Person behindert ist. In solchen Haushalten beträgt die Armutsgefährdungsquote 17%.<sup>135</sup>

***Armut wirkt sich in mehrfacher Weise negativ auf den Gesundheitszustand der Betroffenen aus. So sind armutsgefährdete Menschen öfter schwer und chronisch krank und schätzen (wohl zu recht) ihren Gesundheitszustand auch schlechter ein.***

## **Krankheit und Pflege machen arm.**

Armut macht krank. Das ist das Fazit des vorigen Kapitels. Genauso gilt jedoch auch der Umkehrschluss: Krankheit macht arm. So weisen Haushalt mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen im Erwerbsalter ein deutlich höheres Armutsrisiko von

<sup>132</sup> EU-SILC 2008 erfragte Behinderung folgendermaßen: „*Subjektiv wahrgenommene Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert.*“

<sup>133</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010: 48; eigene Berechnungen

<sup>134</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 55

<sup>135</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 81

17%<sup>136</sup> auf, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden.

Um pflegebedürftige Personen und ihre Familien eine finanzielle Unterstützung zu bieten, wurde in Österreich 1993 das (abgestufte und bedarfsorientierte) Pflegegeld eingeführt. Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen sollen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

Die erbrachte Pflegeleistung übersteigt jedoch oft wertmäßig das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt derzeit in der Pflegestufe 1 bestenfalls 3,08 Euro, in der Pflegestufe 7 immerhin 9,20 Euro.<sup>137</sup> Und das jeweils nur, wenn tatsächlich nur die Mindestanzahl an Stunden für die Aufwendungen notwendig ist. Ansonsten ist noch mit weit geringeren Stundenlöhnen zu rechnen. In ländlichen Regionen kommt hinzu, dass es häufig zu einer Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen kommt. In diesem Kontext spricht man von sogenannter „verschämter Armut“.

In Kärnten erhielten im Jahr 2009 28.437 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Mehr als die Hälfte von ihnen (57%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, das ist etwas mehr als im österreichischen Durchschnitt (54%).<sup>138</sup>

Im Jahr 2008 bezogen in Kärnten weitere 5.340 Menschen Landespflegegeld<sup>139</sup> (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Etwa 10 von 1000 EinwohnerInnen bezogen somit Landespflegegeld, womit der Anteil etwas über dem österreichischen Durchschnitt (8 von 1000 EinwohnerInnen) lag.

Zur Entlastung der häuslichen Pflege organisieren die Bundesländer Betreuungs- und Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) sowie Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. Senior/innen- und vor allem Pflegeheime). Zuletzt (2007) wandte Kärnten für die Senior/innen- und Pflegeheime 62,4 Mio. Euro auf, 22 Mio. Euro für

---

<sup>136</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 81

<sup>137</sup> <http://www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360516.html>. Stand 16.11.2010

<sup>138</sup>

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/sozialleistungen\\_auf\\_bundesebene/bundespflegegeld/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/bundespflegegeld/index.html). Stand: 24.11.2010

<sup>139</sup> Statistik Austria: [www.statistik.at](http://www.statistik.at)

Soziale Dienste, 37,2 Mio. Euro für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 22,3 Mio. Euro.<sup>140</sup>

Der Großteil des Pflegeaufwands wird jedoch nicht von sozialen Diensten oder in Alten- und Pflegeheimen geleistet, sondern von Verwandten, im speziellen von Frauen. Von den mehr als 400.000 PflegegeldbezieherInnen werden etwa 80 bis 85%<sup>141</sup> zu Hause von Angehörigen gepflegt. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich werden daher mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.<sup>142</sup>

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.<sup>143</sup> Umgelegt auf Kärnten würde das bedeuten, dass 32.100 Personen durch etwa 30.300 Angehörige betreut und gepflegt werden.<sup>144</sup> Auch wenn neuere Daten diesbezüglich nicht zur Verfügung stehen, kann aufgrund des Anstiegs der über 75-jährigen Personen in Österreich um etwa 64.300 oder 10,8% zwischen 2002 und 2008<sup>145</sup>, davon ausgegangen werden, dass sowohl die Zahl der zu pflegenden Personen als auch jene der Angehörigen, welche private Pflegedienstleistungen erbracht haben, angestiegen ist. In Kärnten hat die Zahl der Menschen über 75 im selben Zeitraum sogar um 14% zugenommen (6.200 Personen).<sup>146</sup>

Die Pflege von Angehörigen hat Auswirkungen auf die finanzielle Situation der pflegenden Personen. Erstens können diese Menschen häufig keiner Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen und sind aufgrund des Pflegebedarfs ihrer Angehörigen häufiger von Armutsgefährdung betroffen. Auch wenn das Pflegegeld einen Beitrag zur finanziellen Situation leistet, fühlen sich dennoch 18% der Pflegenden finanziell belastet.<sup>147</sup> Zweitens nimmt die *„Gesundheit vieler pflegender Angehöriger [...] durch die mit der Pflege verbundenen Anstrengungen Schaden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben pflegende Angehörige signifikant mehr körperliche Beschwerden.“*<sup>148</sup> Pflegenden Angehörige leiden oft unter psychischen und physischen Belastungen. 30% der Pflegenden geben an, sich durch die Pflege und Betreuung körperlich belastet bzw. zeitlich eingeschränkt zu fühlen. Mehr als die Hälfte (53%) empfinden eine psychische Belastung.

---

<sup>140</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, Kap. 8.30: 219

<sup>141</sup> BMSAK: Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007: 36

<sup>142</sup> Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

<sup>143</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002: 44

<sup>144</sup> Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002: 107

<sup>145</sup> Statistik Austria: Demographisches Jahrbuch 2008: 330ff

<sup>146</sup> Statistik Austria: Demographisches Jahrbuch 2008: 351

<sup>147</sup> BMSAK: Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007: 25

<sup>148</sup> Bauer, Büscher (Hrsg.): Soziale Ungleichheit und Pflege: 260

Es wurde deutlich welche wichtige Bedeutung Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung, sowohl für Kranke als auch für deren Angehörige, die sie pflegen, haben. Insofern ist das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung die Eingangsbeschränkungen für das Pflegegeld zu erhöhen als Schritt in eine falsche Richtung zu sehen. Denn: In den kommenden Jahrzehnten wird sich der Betreuungs- und Pflegebedarf, durch die deutliche Zunahme älterer Menschen, deutlich erhöhen, sofern sich der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen nicht verbessert. Die Zahl der Menschen über 75 Jahren – also einem Alter, in dem häufig erstmals Betreuungs- und Pflegebedarf entsteht – wird in Kärnten von rund 50.000 Menschen im Jahr 2008 wird bis zum Jahr 2030 um rund 47% auf etwa 73.600 ansteigen.<sup>149</sup> Im selben Zeitraum wird die Zahl der Menschen in diesem Alter in Österreich um 53% auf über 1 Million Menschen anwachsen. Kommt es in Österreich zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten und -einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte – die Betreuung und Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

***Behinderung und Pflegebedarf bedeuten für die Betroffenen und ihre Angehörigen ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. Der Großteil des Pflegeaufwandes wird von Angehörigen erbracht, Deren Möglichkeit am Erwerbsleben teilzunehmen wird dadurch eingeschränkt wird – betroffen sind vor allem Frauen, denn sie übernehmen den größten Teil der Pflege. Staatliche Leistungen, wie das Pflegegeld, reichen für die Deckung der Kosten bisher schon nicht aus, trotzdem sind hier Einsparungen geplant.***

<sup>149</sup> Statistik Austria: Demographisches Jahrbuch 2008:394

## 7. ARMUT, SOZIALE MOBILITÄT UND TEILHABE

### **Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt.**

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelte erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“<sup>150</sup>, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigt sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Dieser Umstand hat sich in Österreich seit den 1950er Jahren nicht wesentlich verändert.<sup>151</sup>

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen, ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangt hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss. Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird *„der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.“*<sup>152</sup>

Auch die kürzlich präsentierten Ergebnisse der jährlichen PISA-Studie bestätigen, dass das österreichische Bildungssystem Defizite der Kinder aus dem Elternhaushalt einzementiert anstatt ausgleicht.<sup>153</sup>

***In Österreich existiert nach wie vor eine soziale Selektivität im Bildungssystem. Kinder aus bildungsfernen Haushalten schaffen den Aufstieg nur selten. Auch für Kinder aus einkommensschwachen Familien zeigt sich ein erschwelter Aufstieg in höhere Bildungssegmente.***

<sup>150</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005: 59f

<sup>151</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2005: 60

<sup>152</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006: 41

<sup>153</sup> Kurier, 08.12.2010

## Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe.<sup>154</sup>

Armut äußert sich nicht nur durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sie hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen. Die verminderte Lebensqualität äußert sich durch schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheit oder geringere Entwicklungsmöglichkeiten. Armutsgefährdete Menschen sind zudem in ihren Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe beschränkt. Der Begriff „soziale Teilhabe“ umfasst dabei den Kontakt der Personen zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen, sowie Freizeitaktivitäten. Die Integration in soziale Netzwerke ist nicht nur für das Selbstwertgefühl derjenigen/desjenigen wichtig, sondern ermöglicht auch Unterstützung und den erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen. Damit kann die Stärke der sozialen Teilhabe als soziales Kapital interpretiert werden.

Prekäre Lebenssituationen, wie sie bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen häufig auftreten, führen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung. Vor allem Arbeitslose, AlleinerzieherInnen und ältere Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität sowie eingeschränkter finanzieller und zeitlicher Ressourcen überdurchschnittlich oft von geringer Teilhabe betroffen. Das Fehlen von regelmäßigen sozialen Kontakten tritt bei Personen, die in Deprivation leben oder bei manifest Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen. Dies wirkt sich auch auf die Erwartung aus, soziale Unterstützung zu erhalten. So gehen nur 6% der nicht armen Personen davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, Freund/innen oder Nachbarn bekommen, aber 14% der armutsgefährdeten, deprivierten oder in manifester Armut lebenden Personen gehen davon aus, keine Unterstützung zu bekommen. 15% der manifest Armen, aber nur 7% der Menschen ohne finanziellen Mangel haben nicht einmal telefonischen Kontakt zu Angehörigen oder Freunden. *„Der soziale Rückzug bzw. Ausschluss kann hier sowohl als Folge als auch als Ursache einer Armutslage interpretiert werden.“*<sup>155</sup> Einkommensschwache Personen nehmen auch seltener an kulturellen Veranstaltungen teil und sind weniger oft in Vereinen, Gruppen oder anderen Organisationen beteiligt, sodass ihr Netzwerk sich weiter verkleinert. Armut macht also auch einsam. Durch eine Stärkung der sozialen Kompetenzen (etwa durch Schulungen oder dergleichen) kann eine Verbesserung der Armutslagen durchaus erzielt werden.

---

<sup>154</sup> Statistik Austria: EU-SILC 2006: 57f. BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 248 f

<sup>155</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 250

***Armutsgefährdung wirkt sich auch auf die soziale und kulturelle Teilhabe der Betroffenen aus. Denn: Deprivierte Personen oder manifest Arme leiden doppelt so häufig an dem Fehlen von regelmäßigen sozialen Kontakten. Armut macht also einsam!***

## 8. ARMUT, KONSUM UND VERSCHULDUNG

### **Anstieg der Haushaltsausgaben belasten Armutsgefährdete.**

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg von Armutsgefährdung und Armut sind in den letzten Jahren die wachsenden Lebenshaltungskosten verbunden mit teils stagnierenden Einkommen. So sind die Reallöhne in Österreich in den Jahren 2000 bis 2002 sowie zwischen 2004 und 2007 zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn- und Gehaltsanpassungen lagen.<sup>156</sup> Erst für 2011 erwartet das IHS einen leichten Anstieg der Reallöhne.<sup>157</sup>

In den letzten Jahren sind die Preise für einige wichtige Bereiche der Lebensführung gestiegen. Solche Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. *„Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional bei gleich bleibenden Ressourcen. Armutsgefährdung definiert über eine relative Einkommensschwelle kann solche armutsrelevanten Entwicklungen nicht abbilden“*.<sup>158</sup>

Insgesamt beläuft sich der Anstieg der Verbraucherpreise zwischen 2000 und 2009 auf 18,9%. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind von 2000 bis 2009 um 31,1% und die Ausgaben für Bildung (etwa durch die Einführung von Studiengebühren) sogar um 41,1% gestiegen.<sup>159</sup> Strom um 23,1%, Normalbenzin wurde allein in den Jahren 2003 bis 2009 um 20,9% teurer, Gas um 43,5%, Diesel um 32,9% und Heizöl um 57,6%.<sup>160</sup>

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben waren in Kärnten zum Zeitpunkt der letzten Konsumerhebung (2004/05)<sup>161</sup> mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich im unteren

---

<sup>156</sup> Presse, 20.08.2008

<sup>157</sup> <http://www.woche.at/klagenfurt/wirtschaft/2011-steigen-die-realloehne-d16987.html>. Stand: 08.12.2010

<sup>158</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004: 211

<sup>159</sup> [http://www.statistik.at/web\\_de/static/jahresdurchschnitte\\_der\\_coicop-hauptgruppen\\_des\\_vpi\\_2000\\_022141.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf), Stand 24.11.2010

<sup>160</sup> Jahresdurchschnittspreise für die wichtigsten Energieträger 2003 bis 2009: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/energie\\_und\\_umwelt/energie/preise\\_steuern/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/preise_steuern/index.html). Stand: 24.11.2010

<sup>161</sup> Neuere Ergebnisse werden erst Ende 2011 erwartet.



Bereich der Bundesländer. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche über dem österreichischen Durchschnitt, wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr. Kärnten hatte 2009 (gleichauf mit Tirol) die geringste Kaufkraft aller Bundesländer.<sup>162</sup>

Ausgabengruppe	Haushaltsausgaben	Haushaltsausgaben	Äquivalenzausgaben
	in %	in Euro	
Ernährung	13,9	333	211
Alkohol, Tabak	2,5	59	36
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	93
Wohnen, Energie	22,2	534	351
Wohnausstattung	6,8	163	98
Gesundheit	3,1	75	48
Verkehr	16,8	403	245
Kommunikation	2,6	63	41
Freizeit, Sport, Hobby	10,4	249	160
Bildung	1,0	25	12
Hotel, Cafes, Restaurants	4,3	103	66
sonstiges	10,4	250	161
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>2.400</b>	<b>1.521</b>

Tabelle 9: Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05<sup>163</sup>

***Der Anstieg der Haushaltsausgaben betrifft Armutsgefährdete überproportional, da sie einen größeren Teil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen. Darüber hinaus hat Kärnten die geringste Kaufkraft aller Bundesländer.***

### **Wohnkosten belasten jede/n dritten Armutsgefährdeten.**

In Kärnten lagen die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie bei der letzten Konsumerhebung (2004/2005) bei durchschnittlich 534 Euro pro Monat. Dies ist absolut etwas weniger als im österreichischen Durchschnitt (566 Euro), allerdings liegt Kärnten was den Anteil der Wohnungsausgaben an den Gesamtausgaben betrifft mit 22,2% im Bundesdurchschnitt.<sup>164</sup> Neueren Erhebungen zufolge überstieg 2008 bei 13% der KärntnerInnen

<sup>162</sup> <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/2371563/wiener-sind-kaufkraft-kaiser-kaerntner-liegen-hinten.story>. Stand: 08.12.2010

<sup>163</sup> Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005: 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

<sup>164</sup> Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005: 203-224

der Wohnkostenanteil 25% des Haushaltseinkommens. Dies ist unter dem österreichischen Durchschnittswert von 18%. Dennoch empfinden 12% der KärntnerInnen ihre Wohnkosten subjektiv als starke Belastung; auch dies ist unter dem bundesweiten Durchschnitt (16%).<sup>165</sup>

Armutsgefährdete treffen zu hohe Wohnkosten natürlich doppelt schwer. So beträgt bei 56% der Armutsgefährdeten der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen mehr als 25%; bei Personen mit mittleren bzw. hohen Einkommen liegt dieser Anteil bei 14 bzw. 2%. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich 30% der armutsgefährdeten Personen die Wohnkosten als starke Belastung empfinden.<sup>166</sup>

Armutsgefährdete geben aber nicht nur einen weitaus größeren Teil des ihnen zur Verfügung stehenden Geldes für das Wohnen aus, sondern sind auch häufiger von Mängeln bei Wohnungsgröße und –qualität betroffen, wie die nachstehende Tabelle zeigt. So leiden armutsgefährdete Personen in Österreich deutlich öfter unter einer prekären Wohnqualität. Darunter fallen Feuchtigkeit/Schimmel in der Wohnung, zu wenig Licht, das Fehlen von Bad/WC in der Wohnung und das nicht Vorhandensein einer Waschmaschine. Auch die Wohnumgebungsbelastung (Lärmbelästigung, Kriminalität und Luft- und Umweltverschmutzung ist bei Personen, die an einem Mangel leiden deutlich höher als bei jenen ohne Mangel. Da die finanziellen Möglichkeiten oft nicht ausreichen, müssen einkommensschwache Personen (und deren Angehörige) auch weitaus öfter in zu kleinen Wohnungen leben. So liegt der Anteil der an Überbelag leidenden Personen bei jenen ohne Mangel bei 5%, bei jenen mit Einkommensmangel bei 28%.<sup>167</sup> Bei 13% der Armutsgefährdeten fehlen die finanziellen Möglichkeiten im Winter die Wohnung angemessen warm zu halten, dies ist nur bei 3% der nicht Armutsgefährdeten der Fall.<sup>168</sup>

---

<sup>165</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 25

<sup>166</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 25

<sup>167</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 99

<sup>168</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 86

Wohnprobleme	kein Mangel	Armutslagen			insgesamt
		Einkommensmangel	Teilhabe-mangel	manifeste Armut	
prekäre Wohnqualität (mind. 2 Probleme)	2	7	7	8	4
Feuchtigkeit, Schimmel	11	17	24	22	14
dunkle Räume	5	8	13	14	7
kein Bad/WC	1	4	3	7	2
keine Waschmaschine	(0)	(1)	2	5	1
Wohnumgebungsbelastung (mind. 2 Probleme)	8	10	14	15	9
Lärmbelästigung	20	20	30	30	22
Kriminalität, Vandalismus	10	9	15	16	11
Luft-, Umweltverschmutzung	7	7	13	13	8
Überbelag	5	28	13	30	8
Wohnkostenanteil >25%	11	47	23	66	18

**Tabelle 10: Wohnprobleme nach Armutslagen in %**<sup>169</sup>

Die Bedeutung von Sozialleistungen ist für die Senkung der Wohnkosten – wie etwa durch die Wohnbauförderung oder Wohn- und Mietbeihilfen – durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen besonders wichtig. Auch spielen Wohnungen, die im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen sind, eine wichtige Rolle um leistbares Wohnen auch für einkommensschwächere Personen zu ermöglichen. In Kärnten gab es zum Zeitpunkt der letzten Gebäude- und Wohnungszählung (2001) 43.000 solcher Wohnungen. Allerdings ist dieser Anteil mit 4,7% gering.<sup>170</sup>

Mietpreisbindungen gibt es auf dem sogenannten „freien“ Wohnungsmarkt aber kaum, wodurch das Kostenniveau für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend ist. Der Immobilienpreisspiegel 2010 wies für Kärnten durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung – je nach Lage – zwischen 3,50 und 5,30 Euro/m<sup>2</sup> bei mittlerem Wohnwert und 4,00 bis 6,20 Euro/m<sup>2</sup> bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 568 und 908 Euro/m<sup>2</sup> bei einfachem Wohnwert und 782,50 bis 1.180 Euro/m<sup>2</sup> bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren nicht unter 1.137,50 Euro/m<sup>2</sup> zu bekommen.<sup>171</sup> In Kärnten betrug 2009 der durchschnittliche Wohnungsaufwand bei Miet- und Eigentumswohnungen einschließlich Betriebskosten 347 Euro und lag damit unter dem österreichischen Durchschnitt von 383 Euro.<sup>172</sup>

<sup>169</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 99

<sup>170</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Kärnten: 119

<sup>171</sup> Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2010

<sup>172</sup> Statistik Austria: Wohnen 2009: 175

Die Wohnkosten schwanken jedoch innerhalb von Kärnten beträchtlich. Sehr teuer sind vor allem Spittal an der Drau und Villach (Stadt), relativ günstig Völkermarkt und St. Veit a. d. Glan.<sup>173</sup>

***Armut beeinflusst die Wohnsituation der Haushalte, denn Armutsgefährdete leiden häufig an Mängeln bei Wohnungsgröße und -qualität. Der durchschnittliche Wohnungsaufwand liegt in Kärnten unter dem österreichischen Durchschnitt, aber für 12% der KärntnerInnen stellen die Wohnkosten eine finanzielle Belastung dar.***

### **Verschuldung erhöht Armutsgefährdung.**

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Ein Blick auf die Finanzsituation der Haushalte macht deutlich, dass die erlangten Einkommen oft nicht ausreichen. Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt mit Kreditverbindlichkeiten. Die meisten davon dienen der Beschaffung von Wohnraum. Etwa jede/r 10. (9%) schafft es nicht, Zahlungen fristgerecht zu begleichen. *„Überproportional betroffen sind dabei jüngere Personen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern, Drittstaatsangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (armutsgefährdete oder manifest arme Menschen).“*<sup>174</sup>

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Kärnten ein immer größeres Problem dar. 2009 wurden in Kärnten 763 Privatkonkurse, mit einer Gesamtverschuldung von 95,6 Mio. Euro, eröffnet, das waren um 9% mehr als im Jahr 2008. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 125.300 Euro und damit etwas höher als im österreichischen Durchschnitt. (124.400 Euro).<sup>175</sup>

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den rich-

---

<sup>173</sup> Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2010

<sup>174</sup> BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008: 30

<sup>175</sup> Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2009 Private, Pressemitteilung: 5

tigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit oder Einkommensverschlechterung und der mangelhafte Umgang mit Geld.<sup>176</sup>

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite wurden viele Jahre hindurch auch deshalb so stark beworben, weil für Banken in Österreich die Möglichkeit der Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hatte in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten vorsichtiger vorgegangen wurde.

***Die Überschuldung privater Haushalte ist auch in Kärnten ein zunehmendes Problem. Die Zahl der Privatkonkurse lag 2009 bei 763 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 9% gestiegen.***

---

<sup>176</sup> Schuldnerberatung: [www.schuldnerberatung.at](http://www.schuldnerberatung.at)

## 9. DER REICHTUM NIMMT ZU

### Hohe Einkommen und Einkommensreichtum.

Anhand der in der Begriffsdefinition des Reichtums vorgenommenen Kategorisierung über „hohe Einkommen“ und „Einkommensreichtum“ soll im Folgenden die Situation von jenen Menschen in Kärnten, die jene Einkommensgrenzen (200 bzw. 400% des Medianeinkommens) überschreiten, dargestellt werden.

Laut Lohnsteuerstatistik waren in Kärnten im Jahr 2007 zumindest 19.300 aller Arbeitnehmereinkommen (7,8%) und mindestens 3.300 Pensionen (2,4%) – zusammen knapp 22.600 Einkommen - als hoch einzustufen. Die obersten 10% der ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen vereinigten auf sich mehr als ein Viertel (28,9%) aller Arbeitnehmereinkommen in Kärnten. 2,6% der PensionistInnen bekamen 10,2% aller Pensionen. 2.200 ArbeitnehmerInnen in Kärnten und rund 200 PensionistInnen darunter konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als 400% des Medianeinkommens.<sup>177</sup> 2002 – vier Jahre zuvor - waren in Kärnten erst 17.300 (5%) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen, die zusammen erst knapp 17% aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa 1.800 von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.<sup>178</sup> Das heißt, die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Kärnten innerhalb von nur fünf Jahren um etwa 5.300 Personen (oder 31%) zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um 600 (oder 33%).

Für das gleiche Jahr weist die Einkommensteuerstatistik 2006 in Kärnten etwa 5.900 Personen aus, die ein hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen hatten. Das waren etwa 12% aller rd. 49.100 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten etwa 52% (673 Mio. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (1,3 Mrd. Euro) auf sich. Rund 1.300 (insg. 3%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 26% der zu versteuernden Einkommen (336 Mio. Euro).<sup>179</sup> Die Zahl der Menschen mit hohem einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in Kärnten gegenüber 2002 um fast 900 Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um rund 16% gestiegen.<sup>180</sup>

Insgesamt gab es somit in Kärnten im Jahr 2007 28.500 Personen mit hohem Einkommen, 3.700 davon waren sogar einkommensreich.

---

<sup>177</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007: 171, 182; eigene Berechnung

<sup>178</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002: 146, 156

<sup>179</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2007: 62, 110

<sup>180</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002: 104

Die Einkommenssteuerstatistik der Jahre 2008 und 2009 sind noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend zu erkennen. Die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum sind leicht gestiegen und liegen 2008 bei 38.020 Euro für hohe Einkommen und 76.040 Euro bei Einkommensreichtum. Die Zahl der hohen Einkommen ist jedoch um 14% auf 25.700 Personen gestiegen. Die Zahl der Einkommensreichen unter ihnen ist um 18% 2.800 Personen gestiegen.<sup>181</sup> Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig Erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2009 rund 6.800 selbständig Erwerbstätige mit hohem Einkommen, 1.500 von ihnen waren einkommensreich. Damit gab es in Kärnten im Jahr 2009 schätzungsweise bereits 32.500 Menschen mit hohem Einkommen von 38.000 Euro pro Jahr. Etwa 4.300 davon waren sogar einkommensreich, erhielten jährlich also Einkommen von 76.000 Euro.

Bei der Analyse der Einkommensverteilung zeigt sich, dass es bestimmte Berufsgruppen gibt, die nicht nur hohe Einkommen, sondern häufig Einkommensreichtum erreichen. Dazu gehören Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Die geschlechtsspezifische Einkommensungleichheit zeigt sich auch in diesen Berufsgruppen, so dass Männer weit stärker sind vertreten als Frauen.

***In Kärnten verfügten im Jahr 2007 28.500 Personen über ein hohes Einkommen, das sind um 5.300 (31%) mehr als noch vor 5 Jahren. Schätzungsweise hat sich ihre Zahl bis zum Jahr 2009 auf 32.500 Personen erhöht.***

***Als Einkommensreich galten 2007 in Kärnten 3.700 Personen, das sind um 33% mehr als noch 2002. Im Jahr 2009 waren es Schätzungen zufolge 4.300 Personen.***

## **Große Geldvermögen.**

Die Höhe des Einkommens entscheidet nicht nur über das verfügbare Einkommen, sondern auch über die Fähigkeit zur Vermögensbildung und die Höhe von Vermögen und Einkommen, die daraus geschöpft werden können. Denn die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte

<sup>181</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009: 173, 184; eigene Berechnung

mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohen Einkommen. Detaillierte Untersuchungen über die Verteilung existieren in Österreich allerdings – im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Deutschland) – nicht.

Einen Überblick über die vorhandenen Geldvermögen in Österreich gibt allerdings die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Österreichischen Nationalbank. Danach hatten zuletzt (2009) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbzweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 474,3 Mrd. Euro.<sup>182</sup> Pro Haushalt waren dies durchschnittlich knapp 132.000 Euro. Umgelegt auf die rund 238.200<sup>183</sup> Haushalte in Kärnten wären hier 2009 rd. 31,4 Mrd. Euro an Geldvermögen in privaten Haushalten vorhanden. Dazu kommen die Geldvermögen der Wirtschaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2009 347,3 Mrd. Euro<sup>184</sup> oder durchschnittlich 3,2 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 6.000<sup>185</sup> Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in Kärnten wären das weitere 20,4 Mrd. Euro Geldvermögen der Kärntner Wirtschaft.

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Der Report aus dem Jahr 2008 weist darauf hin, dass mehr als in anderen Kontinenten in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen entsteht, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.<sup>186</sup>

Der „World Wealth Report“ 2010 weist für Österreich zuletzt rund 80.300 Dollar-MillionärInnen aus (plus 14,5% im Vergleich zum Vorjahr), also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 710.000 Euro) besaßen.<sup>187</sup> Zwar hat die Zahl der MillionärInnen in Österreich durch die Auswirkungen der Finanzkrise 2008 leicht abgenommen, mittlerweile gibt es in Österreich aber mehr Millionäre als je zuvor. Die Finanzkrise scheint hier also schon überstanden. Umgelegt auf Kärnten (7% der österreichischen Bevölkerung) würde das etwa 5.600 „Dollar-Millionäre“, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten.

---

<sup>182</sup> <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.9.1>

<sup>183</sup>

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/haushalte/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/haushalte/index.html)

<sup>184</sup> <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.2.1>

<sup>185</sup> Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2006: 45

<sup>186</sup> [www.at.capgemini.com](http://www.at.capgemini.com)

<sup>187</sup> [http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr\\_2010](http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr_2010). Stand: 09.12.2010



Wer in Österreich zu den Reichen und Vermögenden gehört, darüber gibt das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND<sup>188</sup> seit einigen Jahren Aufschluss. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt (2008) auch wieder etliche KärntnerInnen.

Name	Platz	Vermögen
Die Flick Erben	2	6,1 Milliarden Euro
Horten, Heidi	7	3,4 Milliarden Euro
Haselsteiner, Hans Peter	15	1,7 Milliarden Euro
Kaufmann, Michael, Andrea, Christian	16	-
Soravia, Familie	zwischen 51 und 100	-
Liaunig, Herbert	zwischen 51 und 100	-
Hirsch, Hermann und Robert	zwischen 51 und 100	-

**Tabelle 11: Die reichsten KärntnerInnen (geschätztes Vermögen in Euro) 2008**

Sowohl in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung als auch im „World Wealth Report“ werden die Sachvermögen nicht berücksichtigt, weshalb wir sie im Folgenden ansatzweise darstellen wollen um diesem Manko entgegenzuwirken.

***In Kärnten gab es in privaten Haushalten 2009 Geldvermögen von 31,4 Mrd. Euro; über 20,4 Mrd. Geldvermögen verfügte die Kärntner Wirtschaft.***

***2010 gab es in Kärnten etwa 5.600 Dollar Millionäre (710.000 Euro). Die reichsten KärntnerInnen sind: Die Flick Erben, Heidi Hortin und Hans Peter Haselsteiner.***

## **Betriebsvermögen der Wirtschaft.**

Es soll hier aber nicht nur aufgeschlüsselt werden über welche hohe Einkommen und Geldvermögen Privatpersonen verfügen, sondern es soll auch dargestellt werden, welche Vermögenswerte in der Wirtschaft und Landwirtschaft vorhanden ist.

Die Bruttowertschöpfung der Kärntner Wirtschaft betrug zuletzt (2007) rund 14,1 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (2,9 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (2,2 Mrd. Euro), der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (1,5 Mrd. Euro), sowie das Bauwesen (1,3 Mrd. Euro).<sup>189</sup>

<sup>188</sup> TREND. Das österreichische Wirtschaftsmagazin 7/2008

<sup>189</sup> Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnung.

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts2-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts2-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html). Stand: 30.11.2010

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen. Zur Bildung dieses Sachvermögens investierte die Kärntner Wirtschaft zuletzt (2007) brutto fast 3,8 Mrd. Euro.<sup>190</sup> Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Eine aktuelle Bewertung des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe in Österreich – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte – ist nur annäherungsweise möglich, da die letzte Bestandsaufnahme von Einheitswerten durch die Einheitswertstatistik aus dem Jahr 1989 stammt. Deswegen versuchen wir im Folgenden durch die Bewertung der Arbeitsstätten und Wohnungen in diesem Bereich eine annähernde Darstellung des vorhandenen Betriebsvermögens in Kärnten.

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen und somit auch zu deren Vermögen zu zählen sind, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Kärnten 24.992 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude, Gebäude des Groß- und Einzelhandels, Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen usw.) dienen<sup>191</sup> bzw. 27.621 Arbeitsstätten.<sup>192</sup> Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Daraus ergibt sich ein Gebäudewert der Arbeitsstätten in Kärnten von 5,7 Mrd. Euro von 5,7 Mrd. Euro.<sup>193</sup>

Weiters stehen (laut Häuser- und Wohnungszählung aus dem Jahr 2001) 12.809 Wohnungen<sup>194</sup> im Eigentum von Kärntner Unternehmen und dienen primär der Erzielung von Er-

---

<sup>190</sup>

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts2-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts2-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html), Stand 11.12.2010

<sup>191</sup> Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001: 45

<sup>192</sup> Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich: 27

<sup>193</sup> Diese Bewertungsmethode wurde der Studie der Arbeiterkammer „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ entnommen. Dabei wird von einer durchschnittlichen Fläche pro Arbeitsstätte von 248 m<sup>2</sup> ausgegangen. Der monatliche Mietaufwand pro Bürofläche und Geschäftslokal in Kärnten beträgt (laut Immobilienpreisspiegel 2010) 7,49 Euro/m<sup>2</sup>.

<sup>194</sup> Statistik Austria:

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wohnen\\_und\\_gebaeude/bestand\\_an\\_gebaeuden\\_und\\_wohnungen/022985.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html). Stand: 30.11.2010

werbs- und Vermögenseinkommen. Daraus ergibt sich ein Gebäudewert der Wohnungen in Kärnten von 373 Mio. Euro.<sup>195</sup>

Das Betriebsvermögen in Form von Immobilien – Arbeitsstätten und Wohnungen – machte 2010 zusammen 6 Mrd. Euro aus.

***Das Betriebsvermögen der Wirtschaft in Form von Immobilien (Arbeitsstätten und Wohnungen) betrug in Kärnten im Jahr 2010 6 Mrd. Euro.***

## **Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen.**

Die Wertschöpfung der Kärntner Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2007) 358 Mio. Euro, was 2,5% des Bruttoregionalproduktes entsprach.

Wie bei den Betriebsvermögen der Wirtschaft, können auch beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen nur Annäherungswerte in bestimmten Bereichen errechnet werden.

Die land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Kärnten haben eine Größe von 8.601 km<sup>2</sup>. Daraus ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Kärnten im Jahr 2010 von etwa 24,4 Mrd. Euro.<sup>196</sup> Der Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude betrug in Kärnten 2010 rund 12,4 Mrd. Euro.

Schließlich fließen auch die Betriebsmittel in die Bewertung ein. Diesen umfassen Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Kärnten von etwa 5,6 Mrd. Euro.

Das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland). Es betrug in Kärnten im Jahr 2010 insgesamt rund 42,4 Mrd. Euro

---

<sup>195</sup> Hier wird ebenfalls von der Bewertungsmethode der AK-Studie ausgegangen, wobei der durchschnittliche Wohnungsaufwand des Jahres 2009 in Kärnten von 347 Euro (Statistik Austria: Wohnen 2009: 175) herangezogen wird.

<sup>196</sup> Auch bei der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens lehnen wir uns an die zuvor erwähnte Studie der Arbeiterkammer an, sowie an eine Studie des Marktforschungsinstitutes *Kreutzer, Fischer und Partner* (APA0452, 24.2.2004).

***Das land- und forstwirtschaftliche Vermögen (land- und forstwirtschaftliche Flächen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Betriebsmittel) wird in Kärnten im Jahr 2010 auf insgesamt etwa 42,4 Mrd. Euro geschätzt.***

## **Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen.**

Nicht nur das vorhandene Geld an sich ist ein Indikator des Vermögens, sondern auch bereits angeschaffte Güter, die in Verwendung sind, zählen dazu – wie das Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen. Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Zum aktuellen Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen in Österreich gibt es keine Statistiken, noch dazu ist die Datenlage äußerst dünn, so dass die hier vorgenommenen Schätzungen als grobe Annäherung verstanden werden müssen. Bisher die Grunderwerbsstatistik, deren letzte aus dem Jahr 1995 stammt, eine Stütze zur Berechnung, so ziehen wir hier zur aktuellen Bewertungen statt dessen den Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung – wenn auch, je nach Region und Lage, die Verkaufspreise enorm schwanken – und die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte heran.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Kärnten errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 15.309) bei einer durchschnittlichen Größe von 86,2 m<sup>2</sup> einen durchschnittlichen Wert von 1.095 Euro/m<sup>2</sup> (im Jahr 2010). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 104.419) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 132,6 m<sup>2</sup> ein Durchschnittspreis von 1.271 Euro/m<sup>2</sup> (im Jahr 2010).<sup>197</sup> Daraus ergab sich 2010 ein Gesamtwert der selbstbenutzten Eigentumswohnungen in Kärnten von etwa 1,45 Mrd. Euro und der selbstbenutzten Einfamilienhäuser von etwa 17,6 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 19 Mrd. Euro.

***Die selbstbenutzten Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser hatten in Kärnten im Jahr 2010 zusammen einen Wert von etwa 19 Mrd. Euro.***

<sup>197</sup> Zahlen aus: Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001: 96. Statistik Austria: Wohnen 2009: 34. Immobilienpreisspiegel 2010

## Erbschaften.

Auch über Erbschaften kann Vermögen lukriert bzw. weitergegeben werden. Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, **in Kärnten schätzungsweise 350 Mio. Euro**. Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 14.000 Menschen in Kärnten – verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro, die durchschnittliche Steuer betrug etwa 1.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus. Wie der Sozialbericht 2007-08 feststellt sind Erbchancen sozial ungleich verteilt. *„Bildung, berufliche Position und Einkommen markieren die Trennlinie beim Erben. Erkennbar ist durchgängig das erwartete Muster einer positiven Korrelation von Einkommenshöhe und Erbschaftshöhe.“*<sup>198</sup>

***In Kärnten werden durch Erbschaften jährlich schätzungsweise 350 Mio. Euro zwischen den Generationen transferiert.***

## Humanvermögen.

Bei der Darstellung von Reichtum und Vermögen sind auch immaterielle Bereiche zu betrachten, die über das messbare Geld- und Sachvermögen hinaus gehen. Reichtum und Vermögen „vermögen“ für ihre Nutznießer vieles: bessere Gesundheit, bessere Bildung und Ausbildung, bessere Chancen auf Einkommen, mehr Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik usw. Das wichtigste immaterielle Gut ist wohl die Bildung. Diese ist zwar keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. Denn: *„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut.“*<sup>199</sup> 51% der AkademikerInnen und 40% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 10% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.<sup>200</sup>

<sup>198</sup> BMSK: Sozialbericht 2007-2008: 283

<sup>199</sup> BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004: 219

<sup>200</sup> BMASK: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband. EU-SILC 2008: 4

Im Abschnitt über die Bildung der KärntnerInnen wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen KärntnerInnen bei Hochschulabschlüssen etwas unter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen auch, dass Kärnten – bei allen Personen über 15 Jahren (also auch den nicht Erwerbstätigen) – bei höheren Bildungsabschlüssen eher unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, beim Anteil der Lehrlingsabschlüsse ist Kärnten dagegen stärker vertreten als im Bundesdurchschnitt. Das wirkt sich natürlich auch auf die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen aus, die in Kärnten 2,9% unter dem Bundesdurchschnitt liegen.<sup>201</sup>

	Kärnten		Österreich
	absolut	in %	in %
Universität oder Fachhochschule	21.883	4,7	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	8.200	1,8	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	33.026	7,1	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	19.706	4,2	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	56.741	12,2	11,5
Lehrlingsausbildung	176.139	37,8	33,9

**Tabelle 12: Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001<sup>202</sup>**

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. So erreichen Männer nach wie vor durchschnittlich ein höheres Bildungsniveau als Frauen. Während Männer bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, besitzen Frauen häufiger nicht einmal einen berufsqualifizierenden Abschluss. Am häufigsten ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss bei MigrantInnen vertreten, weshalb diese auch oft (wie oben bereits dargestellt) Positionen als ArbeiterInnen innehaben. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt sich die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

***Bildung ist das wichtigste immaterielle Gut und die Voraussetzung für hohes Einkommen. Hier hat Kärnten Aufholbedarf, denn bei den höheren Bildungsabschlüssen liegt Kärnten unter dem österreichischen Durchschnitt.***

<sup>201</sup> Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, Kap. 9.07: 227

<sup>202</sup> Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten: 18

## 10. STEUERPOLITIK ALS VERTEILUNGSMITTEL

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerb- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen und somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.

Historisch gesehen war die Besteuerung von Vermögen meist die Hauptsteuer. Es war eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so, denn sie machen nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen in Österreich aus.

Ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl haben mittlerweile die Erwerbseinkommen durch Steuern und Sozialabgaben zu leisten. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich weitgehend steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

### **Besteuerung von Einkommen.**

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuerermindernd wirken Sonderausgaben, Außergewöhnliche Belastungen und Werbungskosten. Steuerfreie Einkom-

men sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftsteuer, wo seit 2005 ebenfalls einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise. Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde – wenn es zu keiner Steuererhöhung für kleine Einkommen soll – daher lediglich zu einer Senkung der Steuern für hohe Einkommen und damit Einnahmefällen in öffentlichen Haushalten führen.

Für die Besteuerung von Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommensteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In Kärnten mussten im Jahr 2009 von den 253.513 ArbeitnehmerInneneinkommen 202.092 (80%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Von einem durchschnittlichen Brutto-Einkommen von 26.477 Euro pro Jahr wurden 3.584 Euro (oder 13,5%) als Lohnsteuer einbehalten und weitere 15% an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt betragen die ArbeitnehmerInneneinkünfte in Kärnten im Jahr 2009 6,71 Mrd. Euro, von denen 909 Mio. Euro als Lohnsteuer und 1,0 Mrd. Euro als Sozialversicherungsbeiträge einbehalten wurden.<sup>203</sup> Fünf Jahre zuvor, im Jahre 2004, beliefen sich die ArbeitnehmerInneneinkünfte auf 5,4 Mrd. Euro, von denen 766 Mio. Euro an Lohnsteuern und 869 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen einbehalten wurde.<sup>204</sup>

Die 141.026 Pensionen in Kärnten (durchschnittliche Höhe 18.808 Euro brutto jährlich) wurden 2009 mit durchschnittlich 11% (2.046 Euro) Lohnsteuer besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in Kärnten im Jahr 2009 brutto 2,65 Mrd. Euro, von denen 280 Mio. Euro an Lohnsteuer und 151 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen einbehalten wurden.<sup>205</sup> Im

---

<sup>203</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009: 173

<sup>204</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2004: 155

<sup>205</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009: 184



Jahr 2004 waren es 2,2 Mrd. Euro bzw. 258 Mio. Euro an Lohnsteuer und 112 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.<sup>206</sup>

Einkommenssteuerpflichtige Einkünfte (aus selbständiger Arbeit) wiesen im Jahr 2007 49.141 Personen in Kärnten auf. Diese Einkünfte machten zusammen 1,32 Mrd. Euro aus, von denen 403 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren. Sie mussten im Jahr 2007 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 26.827 Euro durchschnittlich 31% (8.196 Euro) an Lohn- und Einkommensteuer bezahlen (zum Vergleich: Fünf Jahre davor, 2002, waren es durchschnittlich 24.524 Euro bzw. 32,1% oder 7.863 Euro). Von diesen 49.141 Personen (2002: 45.912) waren 18.744 (2002: 18.427) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 30.448 (2002: 27.485) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.<sup>207</sup>

Körperschaftsteuer müssen alle nicht-natürlichen, also juristischen Personen für ihr Einkommen zahlen. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht<sup>208</sup> unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit<sup>209</sup> sind vor allem öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“<sup>210</sup> gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftsteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2010 mit 4,5 Mrd. Euro veranschlagt.<sup>211</sup>

Von den zuletzt (2006) 6.356 „Veranlagungsfällen“ in Kärnten waren 3.789 Unternehmen (oder 60%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 40% (oder 2.567) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus. Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von 720 Mio. Euro (= durchschnittlich 190.026 Euro pro Betrieb) auf, von dem noch etwa 185 Mio. Euro an Körperschaftsteuer (= durchschnittlich etwa 48.850 Euro pro steuerpflichtigem Unternehmen) zu zahlen waren. 40% aller Unternehmen in Kärnten (2.567) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich Mindestkörperschafts-

---

<sup>206</sup> Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002: 166

<sup>207</sup> Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2007: 62f. Einkommensteuerstatistik 2002: 54f

<sup>208</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 1

<sup>209</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 5

<sup>210</sup> Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr.81/2008 § 13

<sup>211</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

steuer zu zahlen.<sup>212</sup> Noch fünf Jahre zuvor, im Jahr 2001, waren nur 56% der Unternehmen in Kärnten Steuerfälle, die Gewinne von durchschnittlich 143.726 Euro auswiesen und davon 34% (oder 49.079 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftssteuer zahlten.<sup>213</sup>

Kapitalertragsteuer ist bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen von natürlichen wie auch juristischen Personen abzuführen. Auch bei ihr gilt ein Fixsteuersatz von 25%. Sie ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen werden in Österreich 2010 an Lohnsteuer voraussichtlich 20,3 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 1,9 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,8 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 24 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2010 voraussichtlich 4,5 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und eine weitere Milliarde Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 5,5 Mrd. Euro.<sup>214</sup>

***In Kärnten wurden 2009 von den insgesamt 6,71 Mrd. Euro der ArbeitnehmerInnen-einkünfte 11% (909 Mio. Euro) an Lohnsteuer einbehalten. Bei den PensionistInnen waren es 11% (280 Mio. Euro) der insgesamt 2,65 Mrd. Euro.***

***Die 49.141 Personen, die aufgrund einer selbständigen Tätigkeit, einkommenssteuerpflichtig waren, mussten im Jahr 2007 31% ihrer Einkünfte an Lohn- und Einkommenssteuer bezahlen.***

***Körperschaftsteuer zahlen alle juristische Personen, sie ist keine progressive Steuer, sondern hat einen Fixsteuersatz von 25%. Im Kärnten wurden 2006 185 Mio. Euro an Körperschaftsteuer bezahlt.***

## **Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch).**

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

<sup>212</sup> Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2006: 45, 52

<sup>213</sup> Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2001: 44ff, 56, 120

<sup>214</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde diese abgeschafft. Mit einem veranschlagten Ertrag von 22,1 Mrd. Euro 2010 ist die Umsatzsteuer die ertragreichste Steuer in Österreich.<sup>215</sup>

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2010 mit 5,51 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,9 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.<sup>216</sup>

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2010 mit 5,1 Mrd. Euro veranschlagt.<sup>217</sup>

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 32,7 Mrd. Euro im Jahr 2010 etwa die Hälfte der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus.<sup>218</sup> Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als eine sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Umgelegt auf Kärnten kann angenommen werden, dass die Kärntner Bevölkerung jährlich 2,3 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern bezahlt. Das sind durchschnittlich etwas mehr als 3.920 Euro pro Kopf<sup>219</sup> und Jahr bzw. etwa 9.560 Euro pro Haushalt<sup>220</sup> und Jahr bzw. pro Kopf 327 Euro und pro Haushalt 797 Euro monatlich.

---

<sup>215</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

<sup>216</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

<sup>217</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 65

<sup>218</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 65

<sup>219</sup> Kärnten hatte zuletzt (2008) 560.579 Einwohner. Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, Kap.2.02: 40

**Das (veranschlagte) Steueraufkommen für die Einkommensverwendung beträgt insgesamt in Österreich 2010 32,7 Mrd. Euro. Davon entfallen 22,1 Mrd. Euro auf die Umsatzsteuer, 5,51 Mrd. Euro auf die Verbrauchssteuern und 5,1 Mrd. Euro auf die Verkehrssteuern. Auf die Kärntner Bevölkerung entfallen jährlich insgesamt etwa 2,3 Mrd. Euro.**

## **Besteuerung von Geldvermögen.**

„Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche“ und „ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der *Hypo Investmentbank Liechtenstein* veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.<sup>221</sup> Auch wenn diese Schlagzeilen bereits vor 7 Jahren veröffentlicht wurden, hat sich an ihrer Aktualität auch im Jahr 2010 nichts verändert.

Die wichtigste Steuer, die seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994, am Geldvermögen ansetzt ist die Kapitalertragsteuer; allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Österreichische Nationalbank zu Jahresende 2009 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 2.373 Mrd. Euro auswies<sup>222</sup>, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2009 mit 4,8 Mrd. Euro<sup>223</sup> bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,2% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist Ende Juli 2008 ausgelaufen. Der Verfassungsgerichtshof hatte es 2006 für gleichheitswidrig erkannt, dass „alte“ Grundwerte für die Bemessung herangezogen werden. Am Prinzip der Erbschafts- und Schenkungssteuer selbst hatte der Verfassungsgerichtshof nicht gezweifelt, denn durch ihre Abschaffung würde sogar eine Besteuerungslücke entstehen, die den finanzwissenschaftlichen Besteuerungsgrundsätzen der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit widerspricht. Seit 1.8.2008 sind Schenkungen, deren Wert unter Nicht-Angehörigen 15.000 Euro in 5 Jahren und bei Angehörigen 50.000 Euro innerhalb eines Jahres überschreitet, der Finanzbehörde einfach nur

---

<sup>220</sup> 238.200 Haushalte.

[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/haushalte/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/haushalte/index.html). Stand: 30.11.2010

<sup>221</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse

<sup>222</sup> <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.1.1>

<sup>223</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

mehr zu melden.<sup>224</sup> Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bis dato sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2010 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 10 Mio. Euro angesetzt.<sup>225</sup> Vor der Abschaffung wurde der Ertrag zuletzt mit 135 Mio. Euro im Jahr 2007 angesetzt.

***Die Kapitalertragsteuer ist die wichtigste Steuer, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings besteuert sie nur die Einkünfte aus dem Kapital und nicht das Kapital selbst (mit 25%). So entspricht der Steuererlös des Jahres 2009 von 4,8 Mrd. Euro gerade einmal 0,2% der gesamten Geldvermögen.***

## **Besteuerung von Grund und Boden.**

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise – die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt sich somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.<sup>226</sup>

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht ist im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Ei-

<sup>224</sup> Schenkungsmeldegesetz 2008

<sup>225</sup> BMF: Bundesfinanzgesetz 2010: 63

<sup>226</sup> Hypo Investment Bank: 14

genheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Die Erträge aus der Grundsteuer betragen im Jahr 2005 528,6 Mio. Euro (1999 waren es etwa 450,6 Mio. Euro).<sup>227</sup> Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 66,1 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert jener Grundstücke und Gebäude der Wirtschaft, Landwirtschaft und Privaten, die in dieser Arbeit bewertet wurden, liegt aber bei etwa 695 Mrd. Euro und damit um etwa das Zehneinhalbfache höher. Dies entspricht auch jenen Ergebnissen der Arbeiterkammerstudie zu den Vermögen in Österreich aus 1997, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes bewertete, das Roh-Betriebsvermögen abzüglich Schulden und Rücklagen mit dem Zehnfachen des saldierten Einheitswertes und für die Bauten in der Kapitalstockrechnung das Elffache des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke errechnete.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2009 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2009 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2009 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 680 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich etwa 1,2 Mrd. Euro, unter Einrechnung der Erbschafts- und Schenkungssteuer etwa 1,3 Mrd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2004 ist das eine Zunahme von nur etwa 200 Mio. Euro, die hauptsächlich auf Mehreinnahmen der Grund- und Grunderwerbsteuer zurückzuführen sind.

---

<sup>227</sup> OECD Revenue Statistics (2006)

Gemessen am Grundvermögen in Österreich – etwa 695 Mrd. Euro – ist die Grundbesteuerung mit etwa 0,2% p.a. aber ebenso gering wie die Besteuerung von Geldvermögen.

***Der Steuerertrag aus Grund und Boden betrug in Österreich 2009 1,2 Mrd. Euro. Das macht aber, ebenso wie bei der Besteuerung des Vermögens, nur 0,2% des Grundvermögens aus.***

### **Steuerparadies Privatstiftungen.**

Privatstiftungen sind in Österreich ein wahres Steuerparadies. Denn Österreich stellt mit seinen Stiftungen ein europäisches Unikum dar. Dies liegt daran, dass am 1.9.1993 durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht wurden, die sich auch rein eigennützigen Zwecken verschreiben kann. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden etwa 3.300 Privatstiftungen gegründet, von denen sind lediglich 650 auf die Erfüllung eines karitativen Zweckes ausgerichtet. Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen.

Der Großteil aller Privatstiftungen, etwa zwei Drittel, besteht aus Unternehmensbeteiligungen, der Rest aus Wertpapieren und Immobilien und sonstigem Vermögen. Insgesamt findet sich in den österreichischen Privatstiftungen Vermögen von etwa 80 bis 100 Mrd. Euro, welches steuerschonend veranlagt wird. Offizielle Zahlen gibt es freilich nicht.<sup>228</sup> Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 24 Mio. Euro.

Dass sich Privatstiftungen so großer Beliebtheit erfreuen liegt an ihren „*erheblichen steuerlichen Erleichterungen*“.<sup>229</sup> Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch „*Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind be-*

---

<sup>228</sup> kurier.at/wirtschaft/anlage/2034168.php. Stand: 04.12.2010

<sup>229</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse: 11

*trächtlich*“, denn sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.<sup>230</sup> Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftssteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so erfolgte dies auch durch den Wegfall der Schenkungssteuer: So wurden die 5% vom Vermögen, die als Eingangssteuer bei Gründung der Stiftung zu zahlen war und eine Form der Schenkungssteuer war, 2008 auf 2,5% halbiert. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert.

Eine Studie der Hypo Investmentbank Liechtenstein riet bereits 2002 zur Gründung einer Privatstiftung in Österreich, die deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. *„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung. [...] Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“*.<sup>231</sup> Das Ungleichgewicht der Besteuerung in Österreich zeigt sich anhand der Privatstiftungen augenscheinlich. Während Einkommen aus Arbeit progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen. Dies scheint sich auch in absehbarer Zeit nicht zu ändern, denn: *„Steuerbegünstigungen für Privatstiftungen will der Finanzminister nicht antasten, denn diese bzw. die stiftenden Unternehmen und Privaten seien „Leistungsträger“*.<sup>232</sup>

Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt. Eine offizielle Liste aller Privatstiftungen gibt es, laut dem Verband Österreichischer Privatstiftungen, nicht, schließlich soll die „Diskretion der Stifter“ gewahrt werden. Vergleicht man jedoch die Liste der reichsten ÖsterreicherInnen, so ist diese – wenig überraschend – nahezu identisch mit der Liste der bedeutendsten Privatstiftungen. Dies trifft auch auf die reichsten 3 KärntnerInnen und Kärntner zu, die vorhin bereits namentlich erwähnt wurden.

Name	Vermögen	Privatstiftung
Die Flick Erben	6,1 Milliarden Euro	Dr. Flick'sche Privatstiftung Rottenmann
Horten, Heidi	3,4 Milliarden Euro	Humana- und Privatissimo-Stiftung
Haselsteiner, Hans Peter	1,7 Milliarden Euro	Haselsteiner Familienprivatstiftung

**Tabelle 13: Die 3 reichsten KärntnerInnen und ihre Privatstiftungen**

<sup>230</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse: 16

<sup>231</sup> Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse

<sup>232</sup> Der Standard, 25.11.2009



***Privatstiftungen müssen in Österreich nicht gemeinnützig sein und bieten steuerliche Vorteile. In etwa 3.300 Privatstiftungen wird ein Gesamtvermögen von schätzungsweise 80 bis 100 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auch die drei reichsten KärntnerInnen (Flick, Horton, Haselsteiner) sind Inhaber einer Privatstiftung.***

## ZUSAMMENFASSUNG

2008 waren zumindest 10% der Kärntner Bevölkerung armutsgefährdet. Im langjährigen Vergleich, der statistisch besser abgesichert ist, waren in Kärnten jedoch 76.000 Menschen oder 14% der Bevölkerung armutsgefährdet. Aufgrund der statistischen Schwankungsbreite kann von keiner Abnahme der Armutsgefährdungsquote ausgegangen werden. Für 2009 muss in Kärnten aufgrund der Entwicklungen am Arbeitsmarkt ein Anstieg der Armutsgefährdung erwartet werden.

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat zugenommen. Fast die Hälfte (46%) aller armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter sind erwerbstätig. Nur noch 53% aller Beschäftigungen sind Normalarbeitsplätze, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Das sind um 4,3% weniger als 2008! 30% aller Beschäftigungsverhältnisse war zuletzt (2008) nicht ganzjährig. 12% der Erwerbstätigen hatten ein Einkommen von weniger als 1.000 Euro brutto. 23.000 Personen konnten damit als „working poor“ klassifiziert werden. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Kärnten deutlich größer als in anderen Bundesländern. Noch immer werden in Kärnten 88% aller Teilzeitbeschäftigungen von Frauen ausgeführt.

Im Jahr 2009 waren in Kärnten mindestens 3.700 Haushalte aufgrund von Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Familienmitglieder armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Kärnten unter der Armutsgefährdungsgrenze. Kärnten hat 2009 die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer!

Bildung verringert das Armutsrisiko: in Kärnten haben etwas mehr Personen den Abschluss einer BHS, besonders viele jedoch einen Lehrabschluss. Lediglich Pflichtschule und AHS-Matura sowie einen Universitätsabschluss haben dagegen weniger Personen als der österreichische Durchschnitt.

Fast jede/r fünfte/r PensionistIn, insgesamt etwa 24.000 (18%), waren auf eine Ausgleichszulage angewiesen. Die Höhe dieser „Mindestpension“ lag allerdings unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen (12% aller Einkommen) und Pensionen (23% aller Einkommen). Für 175.000 Kärntnerinnen und Kärntner (32% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären 133.000 Kärntnerinnen und Kärntner (24% der Bevölkerung) armutsgefährdet. 78.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, zumindest 55.000 bleiben dennoch armutsgefährdet.

12.500 MigrantInnen und Eingebürgerte sind in Kärnten armutsgefährdet.

Nur 49% der Vorschulkinder sind in Kärnten in einer institutionellen Betreuungseinrichtung untergebracht. Während die Betreuungsquote der 0-6jährigen unter dem österreichischen Durchschnitt liegt, ist jene der Volksschulkinder etwas darüber. In Kärnten ist mehr als jede fünfte Familie mit Kindern ein AlleinerzieherInnenhaushalt. 15.300 Erwachsene und Kinder in AlleinerzieherInnenhaushalten sind armutsgefährdet, 11.600 Personen in Haushalten mit 3 und mehr Kindern. Insgesamt leben in Kärnten 16.100 Kinder in armutsgefährdeten Haushalten.

Arme Menschen sind häufiger krank, nehmen ÄrztInnen seltener in Anspruch, haben dadurch wiederum schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt, sie sind weniger mobil und haben eine geringere soziale Teilhabe.

Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben waren in Kärnten zuletzt (2004/05) im unteren Bereich der Bundesländer zu finden. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche – wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr – über dem österreichischen Durchschnitt. Die Überschuldung privater Haushalte ist auch in Kärnten ein zunehmendes Problem. Die Zahl der Privatkonkurse lag 2009 bei 763 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 9% gestiegen.

Die Zahl hoher Einkommen nimmt auch in Kärnten zu. 2007 hatten 28.500 ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Selbständige ein hohes Einkommen. 3.700 davon konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Das waren um rund 5.300 oder 31% mehr als noch 2002. Gleichzeitig werden auch ihre Einkommen immer höher. Das obersten 10% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten vereinigten auf sich mehr als ein Viertel (29%) der ArbeitnehmerInnen-einkommen. 2009 hat sich die Zahl weiter auf schätzungsweise 32.500 erhöht.

In Kärnten waren 2009 Geldvermögen von schätzungsweise 31,4 Mrd. Euro bei privaten Haushalten und Organisationen sowie weitere 20,4 Mrd. in Unternehmen vorhanden. Schätzungsweise 5.600 KärntnerInnen hatten Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Million Dollar (ca. 710.000 Euro).

Das Betriebsvermögen der Wirtschaft war auf zumindest 6 Mrd. Euro zu schätzen, jenes der Land- und Forstwirtschaft auf 42,4 Mrd. Euro, das Gebrauchsvermögen in Form von Wohnungen auf 19 Mrd. Euro.

## QUELLENVERZEICHNIS

- Arbeiterkammer Wien: Neue Mindestsicherung. Gegensteuerung gegen Armut. (kaernen.arbeiterkammer.at/bilder/d122/Nr\_4\_Mindestsicherung.pdf)
- Arbeiterkammer Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997
- AMS: Arbeitsmarktdaten (auf [www.ams.at](http://www.ams.at))
- Bauer, Ulrich; Büscher, Andreas, 2008: Soziale Ungleichheit in der pflegerischen Vorsorge. Ein Bezugsrahmen. In: Bauer, Ulrich; Büscher, Andreas (Hrsg.), Soziale Ungleichheit und Pflege., - Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 7-48.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, März 2005
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung,
- Bundesministerium für Finanzen (BMF): Bundesfinanzgesetz 2010
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMSAK): Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2007
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK): Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK): Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Tabellenband. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007-08, Wien, Jänner 2009
- Dimmel, Nikolaus; Heitzmann, Karin; Schenk, Markus (Hrsg.) 2009: Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, 25. Ausgabe: August 2010
- Hypo Investmentbank Liechtenstein: Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse, April 2002
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel 1991
- Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. I Nr. 81/2008 § 1
- Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2009 Private, Pressemitteilung
- Nemeth, Claudia; Pochobradsky, Elisabeth: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004
- OECD Revenue Statistics (2006)
- Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, Jänner 2009
- Schenkungsmeldegesezt 2008
- Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2009
- Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2009 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2010
- Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Jahresergebnisse 2009 Schnellbericht, Wien 2010
- Statistik Austria: Arbeitsstättenzählung 2001 – Hauptergebnisse Österreich, Wien 2004
- Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2008/09 Tabellenband, Wien 2010

Statistik Austria: Demographisches Jahrbuch 2008, Wien 2010

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2008

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2007 (EU-SILC), Wien, März 2009

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2007, Wien 2010

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2009 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2010

Statistik Austria: Frauen und Männer in Österreich, Wien 2007

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2004

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Kärnten, Wien 2004

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2009/2010, Wien 2010

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2001, Wien 2005

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2006, Wien 2010

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, Wien 2004

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2004, Wien 2005

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008, Wien 2009

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2009, Wien 2010

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Hauptergebnisse der Konsumerhebung, Wien 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien, Juli 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977 – 2008, Wien 2009

Statistik Austria: Wohnen 2009 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2009, Wien 2010

Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2006

Statistik Austria, Bundesministerium für Gesundheit: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007

Sting, Stephan: Gesundheitliche Ungleichheit – Zum Zusammenhang von Armutsgefährdung, sozialer Benachteiligung und Gesundheit. In: Gerald Knapp/Heinz Pichler (Hrsg.): Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit – Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Verlag Hermagoras/Mohorjeva, 2008. 419-439

Wirtschaftskammer Österreich (WKO): Immobilienpreisspiegel 2010

## **APA-Meldungen**

APA0452, 24.2.2004

APA0386, 20.3.2002

APA0276, 21.1.2008

## Internetquellen

[www.ams.at/sfa/23618.html](http://www.ams.at/sfa/23618.html). Stand: 04.12.2010

[www.at.capgemini.com](http://www.at.capgemini.com)

[www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr\\_2010](http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr_2010). Stand: 09.12.2010

[www.bmask.at](http://www.bmask.at)

[www.bmf.gv.at/Presse/7665.htm](http://www.bmf.gv.at/Presse/7665.htm). Stand: 08.12.2010

[www.help.gv.at/Content.Node/27/Seite.270224.html](http://www.help.gv.at/Content.Node/27/Seite.270224.html). Stand: 19.11.2010

[www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360516.html](http://www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360516.html). Stand 16.11.2010

[www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/2371563/wiener-sind-kaufkraft-kaiser-kaerntner-liegen-hinten.story](http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/wirtschaft/2371563/wiener-sind-kaufkraft-kaiser-kaerntner-liegen-hinten.story). Stand: 08.12.2010

[kurier.at/wirtschaft/anlage/2034168.php](http://kurier.at/wirtschaft/anlage/2034168.php). Stand: 04.12.2010

[www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.9.1](http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.9.1)

[www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.2.1](http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.2.1)

[www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.1.1](http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=800.1.1)

[www.schuldnerberatung.at](http://www.schuldnerberatung.at)

[www.sozialversicherung.at](http://www.sozialversicherung.at)

[www.statistik.at](http://www.statistik.at)

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/sozialleistungen\\_auf\\_bundesebene/bundespflegegeld/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/bundespflegegeld/index.html). Stand: 24.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/soziales/sozialleistungen\\_auf\\_landesebene/sozialhilfe/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/sozialhilfe/index.html). Stand: 04.12.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/energie\\_und\\_umwelt/energie/preise\\_steuern/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/preise_steuern/index.html). Stand: 24.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/static/jahresdurchschnitte\\_der\\_coicop-hauptgruppen\\_des\\_vpi\\_2000\\_022141.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf), Stand 24.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/haushalte/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/haushalte/index.html)

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts2-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts2-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html). Stand: 30.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wohnen\\_und\\_gebaeude/bestand\\_an\\_gebaeuden\\_und\\_wohnungen/022985.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html). Stand: 30.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte\\_familien\\_lebensformen/haushalte/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/haushalte/index.html). Stand: 30.11.2010

[www.statistik.at/web\\_de/statistiken/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts2-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts2-regionales_bip_und_hauptaggregate/index.html)

[www.woche.at/klagenfurt/wirtschaft/2011-steigen-die-realloehne-d16987.html](http://www.woche.at/klagenfurt/wirtschaft/2011-steigen-die-realloehne-d16987.html). Stand: 08.12.2010

## Zeitungen und Zeitschriften

Der Standard, 25.11.2009

Kurier, 08.12.2010

Presse, 20.08.2008

TREND. Das österreichische Wirtschaftsmagazin 7/2008

## Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Im Jänner 2009 wurde der „2. Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ präsentiert. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage [www.politikberatung.or.at](http://www.politikberatung.or.at).

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Kärnten“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP